

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 M. Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 22. April 1899.

Inserate die dreispaltige Betitzeile oder deren Raum 30 M. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Die Abschaffung der Konkurrenz. II. — Eine prinzipielle Aenderung in der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung. — Die Einigungsbestrebungen der organisierten Formier und der D. M. V. — Anträge zum Gewerkschaftskongress. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — An die örtlichen Verwaltungsstellen des D. M. V. Nordbayerns. — Rundschau — Literarisches.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

- von Aluminiumschlägern nach Fürth (G. Weiß) Str., Schwabach Str.; von Bronzearbeitern nach Luckenwalde (Herzog & Co.) R. von Bauhilffern nach Mannheim Str.; von Drechern, Hoblern und Schlossern nach Grimnitzhan; von Feilenhäufern zc. nach Chemnitz (Reimling), nach Frankenthal und Speyer, nach Stettin (Plag); von Feilenschleifern nach Leipzig (Kästner) Str.; von Glashnern nach Nürnberg (Firma Kolb, Inhaber Seeger) Str.; von Formern nach Aalen in Württemb. (Firma Rieger, Inh. Blom & Keller), nach Alt- und Neugersdorf (Oberlausitzer Eisenwerke Thiele & Lindner) Str., nach Bielefeld (Temperformer) (Firma W. Kramer), nach Bielefeld (F. A. Große) D., nach Cöthen (Maschinenbau-V. G. vorm. Aug. Pajchen) Str., nach Delmenhorst (Gries & Co.), nach Dortmund (Reißner), nach Essen a. Ruhr, nach Kiel (Hovalds-Perle) Str., nach Heilbronn (Wolff), nach Hottbus (H. Welt), nach Lauthhammer W., nach Neukadt a. Gardt (Firma Heltz), nach Nürnberg (Schudert) Str., nach Weide i. Westf. (Sträger & Kabe), nach Stavanger in Norwegen (Stavanger Stüberi & Dof) Str.; von Metallarbeitern nach Bunde in Westfalen, nach Leipzig (Jäger & Horhe), nach Leipzig-Lindenau (Jäger u. St.) Str., nach Lindorf (Wolz & Hammerbacher) Str.; von Metalldruckern nach Nürnberg (Dammhorn) R., (Firma Kolb, Inh. Seeger) Str.; von Heißeugmachern nach Nürnberg (Gertel & Sohn); von Schlägern nach Fehhausen L., nach München; von Silberschlägern nach Fürth und Schwabach; von Siebmachern nach München; von Schlossern nach Delmenhorst (Gries & Co.), nach Nürnberg (Firma Kolb, Inh. Seeger) Str., nach Weimar; von Schmieden nach Dresden L. nach Weimar.

Die Abschaffung der Konkurrenz. II.

Im Gegensatz zu den mancherlei staatlichen, d. h. gesetzlichen Einschränkungen der Waarenkonkurrenz, wie wir sie im ersten Artikel anführten, ist die Konkurrenz der Arbeiter unter einander völlig frei; keine einzige Schranke besteht, die sie irgendwie einengt und eindämmt. Dagegen wird sie geradezu künstlich und systematisch verschärft. Der preussische Eisenbahnminister hat im vorigen Jahre an die Eisenbahndirektionen eine Anweisung erlassen, daß bei den Bahnbauten, ja selbst in der Bahnverwaltung möglichst fremde Arbeiter (aus Polen, Galizien, Rußland, Böhmen, Italien zc.) verwendet werden sollen, damit die einheimischen Arbeiter den Junkern erhalten bleiben und diese in alle Ewigkeit die miserablen Arbeitsverhältnisse auf ihren Gütern aufrecht erhalten können. Im Sinne des ministeriellen Erlasses werden in die Verträge mit den Unternehmern Bestimmungen aufgenommen. Für einen Kasernenbau in Döbitz in Sachsen werden unter vollständiger Uebergehung der einheimischen Arbeiter nur böhmische und italienische Arbeiter gesucht. In der Ziegeleiindustrie, Textilindustrie, Industrie der Erden und Steine, in den Bau-

gewerben, in der Bergwerks- (Kohlen und Eisen-)Industrie usw. werden zu einem großen Theile ausländische Arbeiter verwendet; ferner in den landwirthschaftlichen Großbetrieben, im Schiffahrtsgewerbe, namentlich auf den großen überseeischen Dampfern, werden Tausende von ausländischen Arbeitern, Slaven, Italiener, Neger, Chinesen zc. benutzt und dadurch den deutschen Arbeitern eine unermeßlich große Konkurrenz bereitet.

Die systematische Bevorzugung sozial tiefstehender ausländischer Arbeiter vor den deutschen Arbeitern, den eigenen Landeskindern, Stammes- und Volksgenossen, auf deren Zahl und Kraft die Wehrkraft und Sicherheit, die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit des Vaterlandes beruht, ist eine der sonderbarsten und bedenklichsten Erscheinungen unserer Zeit. In einem demokratischen Gemeinwesen würde man einen Minister, der sich mit solcher Nichtachtung über die ersten Pflichten seines Amtes hinwegsetzt und planmäßig das Ausland begünstigt, ohne Weiteres durch einen tüchtigeren Mann ersetzen. Wo bleibt denn da der nationale Gesichtspunkt in der Leitung eines Gemeinwesens, wo der Patriotismus, wo der Schutz der nationalen Arbeit, welche Dinge gerade jene Kreise so häufig im Munde führen, wenn eine derartige, unerhörte Wirtschaftspolitik befolgt wird? Wie steht es da mit den so viel gebrauchten und abgenutzten Vorwürfen gegen die Sozialdemokratie, daß sie vaterlandlos sei und keinen Patriotismus im Leibe habe? Mit viel größerem Rechte kann sie diese Vorwürfe gegen jene Patentpatrioten erheben, die rücksichtslos nur eine Klassen- und Parteilpolitik treiben und dieser alle höheren Rücksichten unterordnen.

Ebenso frei und uneingeschränkt, wie die ausländische, ist auf dem Arbeitsmarkte auch die nationale Konkurrenz. Die Unternehmer in den Städten und Industrieorten ziehen gerne aus zurückgebliebenen Gegenden bedürftigste Arbeitskräfte heran, so z. B. die rheinisch-westfälischen Industriearbeiter solche aus Polen und Schlesien, um das Arbeitsangebot zu vermehren und so die Arbeitsverhältnisse auf ihrem niedrigen Niveau zu erhalten. Dies geschieht in gewöhnlichen Zeiten und namentlich bei Konflikten mit den Arbeitern. Die Arbeitergesuche in den Zeitungen, in denen oft viele Arbeiter bestimmter Berufe, aber auch ungelernete, also Handlanger und Tagelöhner für Orte gesucht werden, in denen kein eigentlicher Arbeitermangel, aber vielleicht auch kein großer Ueberschuß an solchen besteht, sind entweder in der bestimmten Absicht ertlassen, eine Vermehrung des Arbeitsangebots an sich herbeizuführen, um die beschäftigten Arbeiter von der Aufstellung von Forderungen abzuhalten, oder aber zu dem Zwecke, eine Lohnreduktion herbeizuführen und zur Erreichung desselben einen Theil der Beschäftigten durch neue über die Verhältnisse nicht informirte Arbeiter zu ersetzen. In der deutschen Gewerkschaftspressen, auch in diesem Blatte, kann man das ganze Jahr hindurch Einforderungen und Warnungen von organisierten Arbeitern lesen, die zu ihrem nicht geringen Erstaunen in einer Zeitung solche Arbeitergesuche gelesen oder im eigenen Geschäft die Erziehung bisheriger durch neu herangezogene Arbeiter erlebt haben und womöglich von dem nur des Profits wegen vorgenommenen Wechsel selbst betroffen worden sind.

Die Konkurrenz der einheimischen Arbeitskräfte mit einander wird aber mit jedem Tage auch noch durch die Technik in Gestalt der Verdrängung der Handarbeit durch die Maschinenarbeit; in Gestalt der Einführung vollkommenerer an Stelle der angewendeten Maschinen; in Gestalt der Arbeitstheilung und ihrer fortwährend weiteren Detaillirung, wodurch die Erziehung der gelerneten durch ungelernete Arbeit, der Muskelkraft ersordernden Männerarbeit durch die Frauen- und Kinderarbeit ermöglicht wird, verschärft. Mit jedem Tage

vermehren sich die Maschinenbetriebe und erweitern sich die bestehenden, vermehren sich die Betriebe, welche Frauen und Kinder beschäftigen und vermehrt sich natürlich auch die Zahl dieser billigen resp. schlechtbelohnten Arbeitskräfte.

So bewirkt die nationale wie die internationale, durch keine Schranke eingedämmte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkte, daß die Unternehmer zu ihrem größten Vergnügen und Vortheil die bestehenden schlechten Arbeitsverhältnisse nicht nur Jahre lang unverändert aufrecht erhalten, sondern in wilder Profitwuth sogar noch weiter verschlechtern können. Darum ihre Begeisterung für die „Freiheit der Arbeit“, die sie meinen, darum auch ihr Geschrei nach dem Schutze der „Arbeitswilligen“ vor der Aufklärung und Belehrung durch die Klassenbewußten, organisierten Arbeiter. Darum endlich die großen Schwierigkeiten und Hindernisse für die kämpfenden Arbeiter, die den Kampf für das Herauskommen aus dem wirtschaftlichen und sozialen Sumpfe so unendlich erschweren, ja theilweise verunmöglichen und die verschulden, daß neben den Siegen die Niederlagen stehen.

Unter diesen Umständen haben die Arbeiter ein noch viel höheres Interesse und dringenderes Bedürfnis, als die Unternehmer, die Konkurrenz abzuschaffen. Aber während den Unternehmern zu diesem Zwecke eine Anzahl von Maßnahmen zur Verfügung stehen, gibt es für die Arbeiter nur ein Mittel, das aber die Unternehmer ebenfalls besitzen, nämlich die Organisation — die nationale wie internationale Organisation. Die Arbeiter können kein Einwanderungsverbot gegenüber ausländischen Arbeitern fordern, wie die Unternehmer Bölle gegen die Einfuhr ausländischer Waaren eingeführt haben; die Arbeiter können auch kein Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb der zurückgebliebenen, bedürftigsten slavischen und italienischen Arbeiter fordern, obwohl ihnen diese eine wahre Schmutzkonkurrenz bereiten; die Arbeiter können nicht gegenüber den ungelerneten Arbeitern wie gegenüber den Frauen und Kindern resp. Jugendlichen einen Befähigungsnachweis fordern. Alle diese Hilfsmittel, mit denen die Unternehmer sich ihre Konkurrenz erleichtern und ihre Position befestigen, existiren für die Arbeiter nicht.

Es bleibt also, wie gesagt, als einziges Mittel zur Abschaffung der niederdrückenden, ruinösen Konkurrenz die Organisation. Durch das Mittel der Organisation können die Arbeiter die Konkurrenz in den eigenen Reihen derart unwirksam machen, daß sie nicht mehr zum Nutzen der Unternehmer die Lage der gesammten Arbeiterklasse auf einer tiefen Stufe hält. Indem die Arbeiter organisiert sind, sind sie sich der Gleichartigkeit, der Gemeinsamkeit der Interessen bewußt, arbeiten und handeln sie einheitlich und bilden sie eine einige und einheitliche Masse dem einheitlichen Unternehmertum gegenüber; so erst wird das Verhältniß von Arbeit und Kapital ein klares und so erst kann man von einer Gleichberechtigung dieser zwei vertraglichstehenden Parteien reden, so erst wird die Situation geschaffen, in der man von einer gewissen Freiheit der Arbeit reden kann.

Bürgerliche Gelehrte und Politiker, sozial und modern denkende Unternehmer vertreten den gleichen Standpunkt und verstehen nur in diesem Sinne die Freiheit der Arbeit. So sagt der bekannte Ethiker, Professor Dr. Höpfding in seiner „Ethik“ u. A.: „Zuerst gilt es die Isolirung und den Kampf in den eigenen Kreisen der Arbeiter aufzuheben. Die Abhängigkeit der Arbeiter gegenüber Dem, der seine Arbeit kauft, hängt ja besonders mit der starken Konkurrenz zusammen zwischen den Arbeitern selbst. Der Arbeitslohn sinkt auf Grund des starken Arbeitsangebors. Dadurch, daß sie den Arbeitskäufern gemeinschaftlich gegenüber treten, werden die Arbeiter in den

Stand gelekt, ihre Bedingungen sowohl hinsichtlich des Arbeitslohnes als der Arbeitszeit und der Arbeitsbedingungen zu stellen. Erst dadurch werden sie wirklich freie Männer, indem sie dann die Möglichkeit haben, ihre Forderungen zur Anerkennung zu bringen. So lange die Freiheit nicht mit der geringsten Macht verbunden ist, ist sie nur ein leeres Wort; und Macht wird nur durch Zusammenschluß und Organisation erzielt. Wie so oft in der Geschichte muß die Macht entfaltet werden, damit das Recht zur Anerkennung kommen kann."

Die Stummlinge denken anders, aber in den Jahrhunderten alten Kämpfen der Menschheit sind es doch immer die Reaktionsäre gewesen, die schließlich unterliegen mußten, während der Fortschritt siegte. Einen anderen Ausgang wird und kann auch der gegenwärtige Kampf um das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht nehmen. Dieses Koalitionsrecht der Arbeiter ist nur das Seitenstück des Koalitionsrechts der Unternehmer, der Zweck der Arbeiterorganisation in seinem Wesen der gleiche wie derjenige der Unternehmerorganisationen. Hier wie dort Zusammenschluß zur Beseitigung der Konkurrenz, hier wie dort die Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Position, die Erhöhung der Gewinne wie die Erhöhung der Löhne. Was dem Einen recht ist, ist den Andern billig und der Staat hört auf, ein Rechtsstaat zu sein, der durch seine Verwaltung, seine Justiz und Gesetzgebung in einseitiger, parteilicher Weise die Geschäfte der einen Partei, der Unternehmer, der Starken besorgt und die andere Partei der Schwachen entrechtet und unterdrückt; er hört aber auch auf, ein Kulturstaat zu sein, wenn er die Besitzlosen gewaltiam daran hindert, ihr Loos zu verbessern. Diese volksfeindliche Praxis ist aber auch zwecklos, denn die Arbeiterklasse läßt sich nicht niederhalten, ihr Bedürfnis nach Organisation, nach praktischer Solidarität, nach Beseitigung der Konkurrenz durch gegenseitige, einander schwer schädigende Unterbietung nicht unterdrücken. Darum bleibt nach wie vor die praktische Parole des kämpfenden Proletariats: Organisation, Abschaffung der Konkurrenz und menschenwürdiges Dasein trotz alledem!

Eine prinzipielle Aenderung in der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung.

Der Stand der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung ist, trotzdem sie in den letzten 10 Jahren mit der Vermehrung der Mitgliederzahl des Gewerkschaftsbundes von 2000 auf ca. 20,000 riesige Fortschritte gemacht hat, an sich und noch mehr im Vergleich mit der Gewerkschaftsbewegung anderer Länder durchaus unbefriedigend; zählt doch das kleine Dänemark, das mit seinen ca. 2 1/4 Millionen Einwohnern beinahe 1 Million weniger zählt als die Schweiz, 80,000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, also erheblich mehr, als der schweizerische Gewerkschaftsbund. Doch umfaßt derselbe nicht alle Gewerkschaftsorganisationen. So gehören ihm nicht an die ca. 20,000 organisierten Eisenbahner, die Postangestellten, die Buchdrucker, die Schuhmacher, die jüngst wegen der hohen Beiträge ausgetreten sind und andere. Nimmt man alle diese dazu, so kommt man auf etwa 50,000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, also immerhin noch um 30,000 weniger als in Dänemark.

Werkwürdiger Weise ist seitens der schweizerischen Gewerkschaften in den öfter über diese Rückständigkeit geführten Diskussionen nie auf den unserer Ansicht nach hauptsächlichsten Grund hingewiesen worden, nämlich auf die Schollentleberei und die vielfach damit verbundene Degenerierung der Arbeiter. Ein großer Theil der schweizerischen Industrie, vor Allem fast die gesamte Textilindustrie, wird in wellabgehebenen Tälern und Orten, dem Laufe der Flüsse folgend, betrieben und da folgt Generation auf Generation, wie bei der schließlichen Weberbevölkerung, die eine körperlich und geistig niedriger stehend, als die vorherige. Aehnlich ist es mit der Tabak- und Zigarrenindustrie, mit der Strickerindustrie, Maschinenindustrie, Schuhindustrie, Uhrenindustrie etc. Das sind die eigentlichen nationalen Industrieen, die jede für sich ganze Gegenden fast ausschließlich beherrsigen und die Bevölkerung derselben in ihren Diensten spannen. Da ist der Großvater so wenig von der Scholle fortgekommen, wie der Enkel, da steht der Nid nicht über die eigene Nase hinaus, da fehlt jede Spur von proletarischer Solidarität, von sozialem Denken und Empfinden und da hält man es für selbstverständlich, daß die einen die Lohnarbeiter und die anderen die „Herren“, die reichen Leute sind. Da passiert es noch, daß Agitatoren niedergeschrien und überfallen werden, so daß sie froh sein müssen, mit heiler Haut davon zu kommen.

Die meisten dieser Arbeiter haben ein ständ Land,

entweder gepachtet oder in eigenem Besitze, worauf sie ihre Erbpfand und ihren Wohl bauen und damit nebst der Bichorienbrühe ihre Ernährung bestreiten. Solche Arbeiter kommen z. B. auch in die Maschinenfabriken Stunden weit hergefahren jeden Morgen und es bedarf kaum einer weitläufigen Untersuchung, um zu behaupten, daß diese Arbeiter für die gewerkschaftliche Organisation ungeeignet sind. Man kann wohl den Einen oder Andern von ihnen in einer glücklichen Stunde für die Gewerkschaft gewinnen, aber er ist dann nur einer von jenen, deren man auch in der Schweiz Jahr für Jahr Hunderte oder auch Tausende in die Organisation aufnimmt, um sie wieder zu streichen.

Hier könnte nur sowohl förderlich für die Gewerkschaftsbewegung wie für die Besserung der meist — namentlich bei Textil- und Zigarrenarbeitern — miserablen Arbeits- und Lohnverhältnisse eine Vermischung der abgestumpften Bevölkerung mit beweglicheren und höherstehenden Elementen helfen und zwar entweder durch die planmäßige Unterbringung von solchen oder durch die Errichtung von Fabriken anderer Industriezweige oder durch die Ablenkung des jungen Nachwuchses auf andere industrielle Gebiete, damit er aus dem zur Gewohnheit gewordenen Sumpfe herauskomme. Zu einem großen Theile ist dies jedoch nur Zukunftsmusik.

Die Leiter des Gewerkschaftsbundes haben ihr Augenmerk auf den „Schweizerischen Arbeiterbund“ gelenkt, der bisher nichts anderes war, als die organisatorische Grundlage des schweizerischen Arbeitersekretariats und den im Jahre 1887 bei seiner Gründung der Berner Sozialdemokrat Abvokat Sted recht geistreich und zureichend charakterisierte, als ein fabelhaftes Ungeheuer mit rothem Kopf, weißem Kumpf und schwarzem Schwanz, wobei der Grütlverein und der Gewerkschaftsbund sammt dem ausschließlich aus Sozialdemokraten bestehenden Arbeitersekretariat den rothen Kopf, die farblosen Frankenkassen den weißen Kumpf und die katholischen Gesellen- und Unterstützungsvereine den schwarzen Schwanz bilden. Im Hinblick auf die in den letztgenannten Vereinen organisierten und meist den Gewerkschaften fernstehenden katholischen Arbeiter, die für die sozialen Kämpfe nichts leisten, aber an deren Erfolgen ihren Antheil haben, haben die Leiter des Gewerkschaftsbundes schon vor längerer Zeit betont, daß diese Elemente ebenfalls zu den Kriegskosten beitragen und sich auch den Gewerkschaften anschließen sollten; zugleich wurde mit dem Austritt des Gewerkschaftsbundes aus dem Arbeiterbunde gedroht, falls in der genannten Richtung nicht eine Aenderung eintreten würde.

Daraufhin beschloß der Bundesvorstand in der That, dem Verlangen entgegenzukommen und die Angelegenheit als wichtigsten Punkt auf die Tagesordnung des nun am Ostermontag in Luzern stattgefundenen Arbeitertages zu setzen. Derselbe war sehr gut besucht, nicht weniger als 318 Delegirte, die 184,615 Mitglieder vertraten, waren erschienen, welche sich folgendermaßen vertheilten: Krankenkassen 56,808 Mitglieder und 81 Delegirte, Berufsvereine und Gewerkschaften 60,234 Mitglieder (davon sind verschiedene Tausend doppelt gezählt und vertreten: als Angehörige des Gewerkschaftsbundes und dann wieder als Mitglieder der Berufsverbände, was namentlich auch von den Metallarbeitern gilt), Grütl- und allgemeine Arbeitervereine 45,459 Mitglieder und 89 Delegirte und katholische Vereine 21,550 Mitglieder, sowie 68 Delegirte; auch die beiden letztern Kategorien haben Doppelzählungen und Vertretungen.

Der Referent über „Die Förderung des Gewerkschaftswesens durch den schweizerischen Arbeiterbund“ war Arbeitersekretär Grenlich, der mit einem gründlich vorbereiteten Referate durchschlagenden Erfolg erzielte, so daß folgende von ihm beantragte Resolution nahezu einstimmig angenommen wurde: In Erwägung, daß die Gewerkschaften für die Arbeiter ein unentbehrliches Mittel sind, um für Aufrechterhaltung und Hebung ihrer Lebenshaltung und damit für die Grundfrage eines menschenwürdigen körperlichen, moralischen und geistigen Daseins einzutreten; daß zur Erfüllung dieser Aufgabe die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter in der Schweiz noch zu schwach und unentwickelt ist, während die Geschäftsinhaber in vielen Zweigen eine stärkere, in manchen eine fast vollkommene Organisation haben; daß dieses Mißverhältnis der Organisation eine Gefahr für die Arbeiter und das Gemeinwesen bildet, und daß obligatorische Berufsvereine zu Schutz und Hebung der Produktionskraft erst dann möglich sind, wenn ein größerer Theil der Arbeiter durch freiwillige gewerkschaftliche Organisation vorgebildet ist; daß eine einheitliche, gewerkschaftliche Organisation der großen

Mehrheit der Arbeiter nur auf dem neutralen Boden der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse, unter Ausschluß parteipolitischer oder religiöser Stellungnahme erzielt werden kann; erkennt und beschließt der schweizerische Arbeitertag: Es ist Pflicht des schweizerischen Arbeiterbundes, seiner Behörden und Organe, sowie seiner Verbände und Vereine, mit allen Kräften für eine einheitliche und umfassende gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter aller Berufe in der Schweiz zu wirken. Sobald der schweizerische Gewerkschaftsbund und seine Berufsverbände und Vereine sich auf politisch und religiös neutralen Boden stellen, sollen alle bestehenden wie alle neu zu bildenden Berufsverbände und Vereine zum Anschluß an den Gewerkschaftsbund bewogen werden. Der Bundesvorstand wird beauftragt, unverzüglich eine Kommission zu bestellen zur Unterhandlung mit den Vorständen des Gewerkschaftsbundes und der andern Berufsverbände, sowie zur Anbahnung einer planmäßigen Propaganda für Bildung neuer Berufsverbände und Vereine. Diese Kommission hat jährlich einen Bericht zu erstatten, der den Jahresberichten des Arbeiterbundes beizugeben ist. —

Von den Sozialdemokraten, zu denen Grenlich allerdings auch selber gehört, opponirte einzig Abvokat FÜRholz aus Solothurn und sodann machte der Vertreter des Gewerkschaftsbundes, Bodzberger-Zürich, seine Bedenken gegen den „politisch neutralen Boden“ geltend, da dann der Gewerkschaftsbund auch nicht mehr für die Revision des Fabrikgesetzes und andere Arbeiterforderungen thätig sein dürfte. Daraufhin änderte Grenlich in seiner Resolution „politisch“ in „parteilich“.

Bemerkenswerth war in der Rede des katholischen Vertreters, Prof. Dr. Beck-Freiburg die Ausführung, daß die Arbeiter ohne Unterschied der Parteistellung und der Konfession die gleichen wirtschaftlichen Interessen haben und deshalb auch gemeinschaftlich an deren Wahrnehmung arbeiten sollten. Wo die Grundlage der Gewerkschaftsbewegung eine parteipolitisch und konfessionell neutrale ist, wie z. B. in England, da ist sie stark und wo die Grundlage keine neutrale, da sind die Arbeiter zerrissen in konfessionelle und parteipolitische Gewerkschaften, wie in Deutschland, Belgien etc. und da wird jede wirtschaftliche Aktion gestört und erschwert. Nun enthält das Statut des schweizerischen Gewerkschaftsbundes u. A. die Bestimmung, daß neben anderen Aufgaben sein Zweck auch der ist, „die Befreiung der Arbeit vom Lohnsystem und die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel gemäß dem Programm der Sozialdemokratie“ anzustreben. Diese Bestimmung muß gestrichen werden, wenn es den katholischen Arbeitern möglich gemacht werden soll, den Gewerkschaften beizutreten. Geschieht dies, so wird in der Schweiz die Entstehung katholischer Gewerkschaften hintangehalten und die Organisation der Arbeiter eine einheitliche werden.

Mit der Annahme der die „parteilichheit und konfessionelle Neutralität“ der Gewerkschaften bestimmenden Resolution ist in der That das beschlossen, was die Katholiken fordern. Aber es ist eben vorerst nur der Beschluß des vom Arbeiterbund veranstalteten Arbeitertages und noch nicht der Beschluß des Gewerkschaftsbundes. Derselbe hält seinen Kongreß erst im nächsten Jahre ab und auf denselben wird über den Luzerner Beschluß sehr lebhaft diskutiert werden; dabei ist die Zustimmung zu demselben noch keineswegs sicher.

Zwei Punkte sind dabei von ausschlaggebender Bedeutung. Bei dem ersteren handelt es sich um die thätigliche Feststellung der Stärke der katholischen Gesellenvereine und der wirklichen Lohnarbeiter unter ihren Mitgliedern; und beim zweiten Punkte um die Frage, ob die wahrscheinlich nicht große Zahl der für die gewerkschaftliche Organisation in Betracht kommenden katholischen Gesellen den Gewerkschaften auch wirklich beitreten werden, wenn sie parteipolitisch und konfessionell neutralisirt sind, wofür letzteres übrigens schon immer der Fall war. Bekanntlich sind die deutschen Gewerkschaften schon im Hinblick auf die gesetzlichen Bestimmungen und die arbeiterfeindliche Praxis der Behörden seit jeher in beiden Richtungen völlig neutralisirt, ihr Rahmen ist weit genug zur Aufnahme aller Arbeiter, welcher politischen und religiösen Ueberzeugung sie auch sein mögen, und dennoch haben die Ultramontanen aus parteipolitischen Gründen ihre „christlichen Gewerksvereine“ gegründet, hat Max Hirsch seine freisinnigen Gewerksvereine gegründet und ist so die deutsche Arbeiterschaft gewerkschaftlich zerrissen, während auf der anderen Seite das Unternehmertum in der That ohne Rücksicht auf

parteilospolitische und konfessionelle Verschiedenheiten einseitlich und stark organisiert ist.

Gewiß ist zuzugeben, daß der Geist und die Tendenz der Gewerkschaften in der Schweiz gleich bleiben werden, wenn auch die von katholischer Seite beanstandete Bestimmung im Statute gestrichen wird; aber die die große Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder bildenden Sozialdemokraten werden unzweifelhaft auf das offene Glaubensbekenntnis des Gewerkschaftsbundes nur dann verzichten wollen, wenn sie dafür einen entsprechend werthvollen praktischen Gewinn einzuweisen können, der schließlich doch nur ihren sozialistischen Ideen förderlich ist.

Es wird bis zur definitiven Entscheidung sowohl in der Presse wie in den Gewerkschaften noch viel darüber diskutiert werden, ob die prinzipielle gegen eine opportunistische Gewerkschaftspolitik zu vertauschen sei. Meigt man schließlich dem Tausche zu und stellt sich auf den Standpunkt der Opportunität, dann ist es erst recht opportun, die Frage zu untersuchen, ob im Hinblick auf den zu erwartenden möglichen Gewinn an neuen katholischen Mitgliedern das Geschäft auch lohnend ist.

Die Einigungsbestrebungen der organisierten Formner und der Deutsche Metallarbeiter-Verband.

Dieses Thema bildete den 7. Punkt der Tagesordnung auf der Generalversammlung des D. M. V. zu Halle a. S. Wir bringen nachfolgend die darüber gepflogenen Verhandlungen ausführlich:

U. Schlichte (Referent): Werthe Genossen! Wenn man das Verhältnis der beiden in Frage kommenden Organisationen, des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und des Zentralvereins der Formner, ernstlich betrachtet, so muß man sagen, daß ein unhaltbarer Zustand eingetreten ist. Es wurde von uns, den Anhängern der Industrieverbände, den Vertretern der Branchenorganisation von vornherein prophezeit, daß die Wirkungen eines derartigen Mißverhältnisses keine andere sein könnten, als die, über die wir uns jetzt zu beklagen alle Ursache haben. Wir haben mit dem früheren Zentralverein der Berliner ähnliche Mißverhältnisse zu verzeichnen gehabt. Schon die Gründung des Zentralvereins der Formner geschah in einer Weise, daß ein „früher, frühlicher Krieg“ unausbleiblich war. Die Propaganda für diesen oder jenen Verband konnte nicht betrieben werden, ohne daß auf die Entstehungsgeschichte der beiden Verbände eingegangen wurde.

Die Unhaltbarkeit des damaligen Zustandes wurde von beiden Seiten eingesehen und auf dem Halberstädter Gewerkschaftskongress eine Vereinbarung dahingehend getroffen, daß die gegenseitigen Feindseligkeiten eingestellt werden sollten. Diese Einigung, die damals erfolgte, war schon ein Schritt nach vornwärts, sie konnte leider nicht weiter fortgeführt werden, weil es auf der anderen Seite an Angriffen nicht fehlte. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß für den mehr oder minder scharfen Ton, den manche Personen in Versammlungen anschlugen, der Vorstand verantwortlich sei; es ist aber auch nicht richtig, wenn die Zentralleitung eines Verbandes derartige Vorkommnisse einseitig registriert und ausplaciert. Und das ist im B. d. F. immer geschehen. Verfolgen Sie auf Jahre, bis zur Zeit der 1892er Vereinbarungen zurück, unser Organ und lesen Sie das Blatt „Glück auf“, so wird sich der Unterschied in Inhalt und Tonart klar herausheben. Erwähnt sei nur der Vorwurf, daß der D. M. V. der Lieferant von Streikbrechern geworden sei. Wenn dann in den Reihen unserer Verbandskollegen sich mehr und mehr eine Abneigung gegen den B. d. F. geltend machte, so ist das nicht zu verwundern. Die Schuld trifft aber diejenigen, die sich um die Abmahnungen von 1892, die wir beobachteten, nicht mehr kümmerten. Ich will jedoch diese Sache nicht weiter erörtern; nachdem diese Angriffe von uns gebührend zurückgewiesen waren, war für uns diese Geschichte erledigt. Bemerken will ich nur, daß im vollen Einverständnis mit der Leitungs Artikel im „Glück auf“ erschienen sind, die Angriffe auf den D. M. V. enthielten.

Als dann die Einigungs-Vorschläge von Seiten der Leipziger Formner kamen, da stand der Vorstand des D. M. V. diesen Anträgen erklärlicher Weise sehr feindselig gegenüber. Wenn wir alle Korrespondenzen mit den Mandatarien der Redaktion des „Glück auf“ beachten, müssen wir doch sagen, daß eine Neigung, in ernstliche Einigungsverhandlungen einzutreten, auf jener Seite nicht bestand. Wir verlangten dann, als die Generalkommission an uns herantrat, Vorschläge, auf Grund deren dann Unterhandlungen angeknüpft werden sollten. Darauf kamen die bekannten Kartellanträge, die wir durchaus nicht für akzeptabel hielten. Hätten wir diese Vorschläge akzeptiert, dann wäre lediglich der Vortheil auf der Seite der kleineren Organisation gewesen, für uns aber Nachtheil daraus erwachsen, abgesehen davon, daß sie unserer früheren Stellung auf Generalversammlungen zuwiderließen. Ich hatte es nicht für richtig, wenn zwei Organisationen sich ernstlich bemühen wollten, Mißstände zu beseitigen, dies zu thun auf einer einseitigen Grundlage, und das waren doch die Anträge bezugs Kartellierung.

Wir theilten der Generalkommission mit, daß wir bereit seien, in Verhandlungen einzutreten. Es tauchten nun verschiedene Vorschläge auf, speziell in den Kreisen des B. d. F. Unsere Mitglieder verhielten sich ziemlich ruhig. Man glaubte dieses Schweigen darauf zurückzuführen zu können, daß der „unverwundliche“ Reaktor Scherz in diverse Zusendungen aus Mitgliederkreisen „untergeschlagen“ haben müsse. Ich kann nun mittheilen, daß Scherz wohl eine Zusendung nicht zum Abdruck brachte, deren Bekanntgabe uns nur schädigen konnte; denn wo würden wir genommen, wenn es jedem beliebigen Konventikel von Mitgliedern gestattet wurde, einen Kongress einzuberufen? Wir legen auf dem Standpunkt: wenn ein Kongress einberufen werden soll, um

über Organisationsfragen zu diskutieren, so hat es zu geschehen von den offiziellen Vertretungen der Organisationen. (Sehr richtig!) Im Uebrigen waren wir der Meinung, daß auf den vorgeschlagenen Wegen nichts erreicht werden konnte, und die Erfolge auf dem Formertage haben uns recht gegeben.

Was die Vorschläge betrifft, die uns von den Leipziger Formnern gemacht wurden, stehe ich nicht an, zu erklären, daß über den Werth derselben bei einem großen Theil unserer Mitglieder eine kolossale Unklarheit herrscht. Man hat sich über seine eigene Stärke getäuscht. Von Seiten der bei uns organisierten Formner habe ich oft gehört, daß es dem Zentralverein deutscher Formner gelungen wäre, das Gros der Formner zu sich hindüberzuziehen. Ein Vorschlag von Scherz in München verlangt, daß die Verschmelzung der beiden Verbände auf der Basis stattfinden solle, daß der B. d. F. einen Zweigverein des D. M. V. bilde und ein eigenes Organ für sich behalten solle.

Das sind für uns „alle Kamellen“. Dasselbe hat bereits Schwarz in Frankfurt angebracht. Er sagte dort: „Ich fasse die Union so auf, daß sich ein jeder Beruf um seinen Vertrauensmann gruppiert und seine Spitze in dem Vorstand findet.“ — Solche Vorschläge sind für unsern Verband unannehmbar. Wir theilen der Generalkommission unsere Ansicht mit, daß eine Verschmelzung beider Organisationen nur dann stattfinden könne, wenn beide Entgegenkommen zeigten. Wir waren geneigt, entgegen zu kommen. Ich habe heute Meinungen gehört, daß der Vorstand in seinen Konzeptionen schon zu weit gegangen sei. (Sehr richtig!) Wir haben z. B. bei der Berliner Verschmelzung dieselbe Taktik beobachtet wie in diesem Falle.

Wir haben die G. K. ersucht, den Leipziger Formnern mitzutheilen, daß es doch nicht angängig wäre, daß der größere Verband seine Grundlagen im Gunsten des kleineren aufbebe, und wenn die Formner im B. d. F. es ernst meinten, sie ebenfalls entsprechende Konzeptionen machen müßten. Wir haben von der G. K. nicht verlangt, daß sie in der Streitfrage selbst einen entscheidenden Standpunkt einnehmen solle, wohl aber glaubten wir ihre Schiedsrichterrolle dahin aufzufassen zu dürfen, daß sie die Antragsteller vor zu weit gehenden, unrealisierbaren Forderungen warnte. Es ist aber charakteristisch für die G. K., daß sie selbst diese maßvollen Forderungen nicht propagiert hat. Ich muß konstatieren, daß die G. K. alles Andere gethan hat als für die Industrie-Verbände zu arbeiten.

Nachdem nun eine Einigung auf der vorgeschlagenen Grundlage unsererits abgelehnt werden mußte, hielten wir uns für verpflichtet, aus der bisher beobachteten Passivität herauszutreten. Wir richteten an die G. K. das Ersuchen, nun unsere Vorschläge dem B. d. F. zu unterbreiten. Während uns von Seiten des B. d. F. vorher das Vorschlagen von statutarischen Bestimmungen und Generalversammlungsbeschlüssen bei unserer ablehnenden Stellung verdacht wurde, verzichtete sich der Vorstand des B. d. F. jetzt selbst hinter statutarischen Bestimmungen und motivierte die Ablehnung unserer Vorschläge, indem er angab: „Da von einer direkten Verschmelzung die Rede sei, habe er keine Kompetenz dazu.“ Gegenüber dem früheren Verhalten muß gegen diese Stellungnahme der Vorwurf der Inkonsequenz erhoben werden. Ferner wunderte uns ein Bescheid des B. d. F. im „Glück auf“: jetzt überlasse der Vorstand die Entscheidung dem unwiderruflich zu Ostern stattfindenden Formertag zu Gotha.

Wir konnten uns dazu nicht entschließen und würden es als einen Verstoß gegen die Disziplin betrachtet haben, wenn wir in einem derartigen mißfälligen einberufenen Kongress die oberste Instanz anerkennen würden. (Sehr richtig!) Wir haben daher unsere Mitglieder ersucht, von einer Bescheidung des Kongresses abzuzehen.

Im Großen und Ganzen deckt sich die Meinung des Vorstandes mit der der Mitglieder unserer Organisation. Nur in einzelnen Orten hat man es für richtig befunden, den Formertag zu bescheiden. Die Orte sagten einfach, man wolle dem B. d. F. zeigen, daß man sich nicht von dem Vorstände des D. M. V. „leithammeln“ ließe. Diese Handlung führte aber dahin, daß sie sich von dem B. d. F. leithammeln ließen. (Sehr richtig!)

Was nun die Einigung selbst betrifft, so beweist gegenüber den Gründen, daß nur eine Branchenorganisation die Interessen ihrer Berufskollegen genügend vertreten könne, doch die Zahl der im D. M. V. befindlichen Formner das Gegentheil. Es beweist aber auch die Zahl der in unserem Verband organisierten Formner noch etwas Anderes. Sie finden in unsererin Verband, daß die Mehrzahl der Formner nicht in Sektionen, sondern in allgemeinen Verwaltungsjuristen organisiert sind. Es ist dies für mich ein Beweis, daß eine große Anzahl Formner erkennt hat, daß nur in der allgemeinen Organisation der richtige Platz für sie ist. Es ist, wenn man ein bekanntes Diktum anwenden will, lediglich eine Konzeption an den „Unverstand der Massen“, wenn man ihnen immer und immer wieder vorpredigt: Deine Vertretung ist nur dort die richtige, wo Du eng mit Deinen engeren Kollegen verbunden bist. Ich gebe zu, daß wir in unseren Sektionen es fertig gebracht haben, eine ganze Menge Verufe zu organisieren, die nicht reif sind zur allgemeinen Organisation; aber dadurch der allgemeinen Organisation die Fähigkeit absprecken zu wollen, daß sie die Interessen dieses oder jenes Berufes vertreten könne, das halte ich für über die Schnur gehauen.

Unsere Formner haben dem Scherz'schen Vorschlag nicht das geringste Interesse entgegengebracht. Ich behaupte, daß unsere Mitglieder in ihrer großen Mehrzahl keine Stellung genommen hätten, wenn nicht die Stellung der Berliner Kollegen ein wenig Leben in die Bude gebracht hätte. Die Kollegen in Süddeutschland standen diesem Vorschlage gleichgültig gegenüber. Die Formner, die bei uns sind, sind nicht wegen unserer schönen Augen bei uns, nein, sie sind bei uns, weil sie im D. M. V. ihre Interessen vertreten finden. Und es kommt nicht darauf an, daß die Formner im Vorstände vertreten sind. Der Vorstand wird auch künftig Allen gerecht zu werden versuchen. Aber ich sehe gar nicht ein, warum man dem Kartellgeist Konzeptionen machen soll, wo wir doch im Stande und verpflichtet sind, diesem Dünkel den Boden nach und nach abzugraben.

Das Resultat des Formertages konnte, nachdem eine große Anzahl Orte die Theilnahme abgelehnt hatte, kein großartiges mehr werden, noch dazu, da die Zusammenfügung

des Kongresses eine rein willkürliche war. Die Abstimmung, die da erfolgte, war ebenfalls eine willkürliche und merkwürdig ist es, daß eine ganze Anzahl von Formnern aus dem B. d. F. die früher gegen die Verschmelzung waren, ihn zuletzt als die einzig richtige Stelle bezeichnen. Betreffs der Einigungsbestrebungen war das Resultat ein negatives und wäre vielleicht ein noch weniger erquickliches gewesen, wenn nicht seitens unserer dort anwesenden Mitglieder darauf gedrungen worden wäre, daß endlich ernstliche Schritte in dieser Hinsicht geschehen. Ich sehe nicht an, zu erklären, daß die Vertretung unserer Berliner Kollegen dazu beigetragen hat, mindestens noch etwas aus dem Formertag herauszuschlagen. Die Mehrzahl stand auf dem Standpunkte der Höchner'schen Resolution und dieselbe wäre wohl auch angenommen worden, wenn nicht seitens der Berliner Kollegen erklärt worden wäre, daß bei Annahme dieser Resolution eine Unterhandlung mit den Organen des D. M. V. vollständig ausgeschlossen erscheine. Der Kongress hat dann auch eine Resolution angenommen, nach der eine Kommission, bestehend aus drei Formnern des B. d. F. und drei Formnern des D. M. V. eingesetzt wird, die die Unterhandlungen einzuleiten hat.

Der Vorstand hatte sich entschlossen, Ihnen ganz bestimmte Vorschläge in Bezug auf die Verschmelzungsfrage zu machen; jedoch in Hinblick darauf, daß nun rathlos die Arbeiten für eine Einigung nicht mehr in den Händen der beteiligten Organisationen liegen, sondern in die Hände einer aus dem Berufe genommenen, zwischen den Parteien stehenden Kommission gelegt sind, von der mehr ständig erwartet werden darf, als von der Generalkommission, erkennen wir erstmals die Kommission an und schlagen Ihnen folgende Resolution vor:

„Den Bestrebungen zur Verschmelzung des B. d. F. mit dem D. M. V. steht die Generalversammlung sympathisch gegenüber. Der Vorstand wird daher ermächtigt, mit der zu diesem Zwecke vom Formertag in Gotha eingesetzten Einigungskommission bezw. dem Vorstand des B. d. F. in Verhandlungen zu treten, vorausgesetzt, daß bis zur endgültigen Entscheidung seitens der in Betracht kommenden Verbände und deren Organe alle Feindseligkeiten und Angriffe gegenfeitig vermieden werden und bis zum Abschluß der Verhandlungen Stillstehendes darüber bewahrt wird. Das Ergebnis der Verhandlungen ist ev. einer Generalversammlung zur Beschlussfassung zu unterbreiten.“

Zur Begründung dieser Resolution einige Worte. Wir erachten es als nötig, stets und ständig unsere Bereitwilligkeit zur Einigung feitzulegen. Aber eine Verschmelzung kann nur dann stattfinden, daran halten wir fest — wenn die Grundlagen unserer Organisation nicht erschüttert werden. Wir sind der Meinung, daß eine derartige Vereinbarung nicht auf einem Formertag einem Beschlusse unterliegen kann, sondern die endgiltige Beschlussfassung auf den Generalversammlungen der beteiligten Organisationen stattzufinden hat. (Sehr richtig!) Wir sind ferner der Meinung, daß die Entscheidungen dieser Kommission so lange geheim zu halten sind, bis die Verhandlungen ihren Abschluß gefunden haben. Es soll das keine Geheimniskammer sein; aber Sie können doch von uns und vom B. d. F. nicht verlangen, daß wir uns nach all' den Vorkommnissen ein großes Vertrauen entgegenbringen. Wir haben Vertrauen zu der Kommission, wir halten uns aber verpflichtet, die Bedingung daran zu knüpfen, daß auch die Kommission Stillstehendes bewahrt, damit die Verhandlungen nicht von dieser oder jener Seite ausgeschaltet werden. Wir haben es als selbstverständliche Voraussetzung der Kommission betrachtet, daß die Feindseligkeiten eingestellt werden; dies bietet uns aber nicht die Garantie, daß in dieser oder jener Filiale nicht etwas passiert. Es müßten sich beide Organisationen verpflichten, die Verhandlungen nur unter dem Siegel des Amtsgeheimnisses stattfinden zu lassen.

Wir haben in der Resolution gesagt, wir bieten die Hand zum Frieden und wir verpflichten uns, keine Feindseligkeiten zu pflegen. Wir haben das bisher schon so gehalten, sofern wir nicht angegriffen wurden, allein wir wollen es in der Resolution noch ausdrücklich wiederholen. Trotzdem wir hier diese Erklärung abgeben, und trotzdem wir Alle von dem rechtlichen Bestreben befehle sind, etwas für die Vereinigung zu thun, werden wir nicht verhindern können, daß in Manchem doch über die Stränge gehauen wird. Die Redaktionen haben dann die Pflicht, jede Gehässigkeit, hervorgerufen durch Feindsiporne haben wie drüben, in den Versammlungsberichten auszumergen.

Ich gebe zu, daß bei den ganzen Umständen, die sich im Laufe der Zeit herausgestellt haben, wie bei den Feindseligkeiten auch unsere Mitglieder theilhaftig gewesen sind; aber von einer Körperschaft, wie der Vorstand und die Redaktion, die von höheren Gesichtspunkten geleitet wird, dürfen derartige Kleinigkeiten nicht gegen die betr. Gesamtorganisation ausgeschaltet werden. Wenn wir dieselbe Praxis ausüben wollten, wie der B. d. F., so hätten wir ein ganzes Register von Beiträgen dazu. Ich könnte Ihnen heute noch eine ganze Reihe von Vorkommnissen an den Fingern abzählen, die Schikanierungen von Mitgliedern des D. M. V. durch Mitglieder des B. d. F. darstellen. Ich thue das nicht, da ich es für richtig halte, wenn wir uns vereinigen wollen, daß das dies zu unterbleiben hat. Ich möchte die Kollegen, die aus Orten delegiert sind, wo die Formner des B. d. F. stark vertreten sind, bitten, ihren Einfluß dahin gehend geltend zu machen, daß eine persönliche Stimmung Platz greife.

Wenn ein Vorschlag von unserer Seite kommt, der der anderen Organisation nicht genehm ist, ist das kein Grund, davon zu reden, daß wir die im B. d. F. organisierten Formner „über den Köffel barbaren“ wollen. Ich erkläre ganz offen: der Vorstand des D. M. V. ist einmüthig der Ansicht, daß eine Verschmelzung nicht nur im Interesse der deutschen Formner, sondern auch im Interesse der ganzen deutschen Metallarbeiter liegt. Wir sind ferner einmüthig der Ansicht, daß wir ein Entgegenkommen zeigen müssen, daß aber auch auf jener Seite Entgegenkommen gezeigt werden muß.

Sind Sie mit unserer Ansicht einverstanden, deckt sich Ihre Ansicht mit der unsrigen, dann thun wir heute den ersten Schritt zu einer Einigung, indem wir versichern und uns bereit erklären: wenn die Grundlage unserer Organisation nicht angetastet wird, im Sinne der Resolution die Hand zur Einigung zu bieten. (Beifalliges Bravo.)

Körften-Berlin. Wir waren gefaßt auf das, was der Kollege Schlichte gesagt hat. Gestatten Sie mir nun, auch

Einiges zu sagen, es hat mit der Sache selbst nichts zu thun. Es waren in Gotha 53 Delegirte, die 21,908 Formere vertreten, anwesend. Davon waren organisiert 8704, 5481 im B. d. F., 2301 im M.-V., 916 gehörten anderen Organisationen an; 57 Städte waren durch 70 Mandate vertreten. Die Zusammenkunft des Formertages war: 47 Vertreter des B. d. F. und 6 aus dem M.-V. Schilde sagt, es hat eine Delegation von Kollegen für nötig befunden, sich nicht dem zu fügen, was der D. M.-V. als das Richtige erkannt hat, daß von unserer Seite der Formertag nicht beschickt werden sollte, das stimmt. Dieser Gebot kam aber erst in letzter Minute. Wir hätten also unseren ersten Beschluß brechen müssen. Etwas Gutes hat der Formertag doch gebracht, sagt Schilde; es ist ein kleiner Schritt zur Versöhnung gemacht worden.

Das was der Kollege Schilde gesagt hat, mit Ausnahme des Letzteren, ist auf der anderen Seite auch gesagt worden. Es könnte scheinen, hier komme der Standpunkt des Stärkeren zum Ausdruck. Es ist dies aber nicht der Fall. Wir haben uns vielmehr auf den Standpunkt gestellt: wir vermeiden Alles, was auf das Zurückliegende hinausgeht; wir wollen den Frieden unserer Organisation und unseres Berufes. Die eigentliche Instanz, die Generalkommission, hat ihre Schuldigkeit nicht gethan; das hat Niemand anerkannt. Wenn die richtige Instanz in dieser Frage nicht ist und von beiden Seiten die Initiative nicht ergriffen wird, dann bleibt der jetzige Zustand ewig. Wir haben den Formertag beschickt und haben versucht, herauszuschlagen, was möglich ist. Diese immerwährenden Scheerereien in den einzelnen Organisationen sind der Grund, daß wir diesem Zustand ein Ende machen wollen. Wir in Berlin arbeiten Hand in Hand, was geschieht, geschieht gemeinschaftlich. Dessen ungeachtet treten bei uns dieselben Zustände ein, wie anderswo, so daß wir nicht weiter können. Diese Mängel in den Fabriken wegen des Fehlens der Beiträge — der Eine zahlt hier, der Andere da; es geht uns daher die Kontrolle verloren. Wenn die eine Organisation einen höheren Beitrag bei Streik zahlt, zahlt die andere einen geringeren. In dieser Hinsicht standen die Former in ihrer Lokalorganisation besser da als jetzt. (Sehr richtig.) Wir können verlangen, daß man anerkennt, daß wir mit als einer der besten Berufe innerhalb der allgemeinen Arbeiterbewegung dastehen. Beide Organisationen können Jahrzehnte leben, — ist das aber der richtige Zustand? Sowie der Kampf ausbricht, dann kommen die Mißverhältnisse, wenn mehrere Organisationen vorhanden sind; und die Schuld trifft dann Alle, weil sich Niemand gereigt gezeigt hat, entgegenzukommen. Es ist nicht der richtige Standpunkt, daß man erklärt: „Als hierher gehen wir und nicht weiter.“ Wir sind der Ansicht, daß die Kommission die Vorschläge zu machen hat. Der tode Buchstabe ist nicht geeignet, Frieden zu stiften. Das stehende Wort kann manchmal viel, was irrtümlich betrachtet wird, aus der Welt schaffen. Nicht, daß wir mit einem bestimmten Vorschlag kommen, auf den sich die eine oder andere Organisation zu erklären hat, nein, wir wollen eine Einigungs-Kommission sein. Nachdem sie sich selbst klar geworden ist, welche Vorschläge sie machen wird, wird sie an beide Organisationen herantreten. Diese Kommission hat sich den Wunsch des Kollegen Schilde zuwiderst zu eigen gemacht, indem sie erklärt hat: Alles, was in dieser Kommission geschieht, soll geheim gehalten werden. Ferner soll jedes dieser Kommissionsmitglieder einen Vorschlag innerhalb eines Vierteljahrs ausarbeiten. Die Kommission soll sich dann vereinigen und an die Vorstände herantreten. Werden die Vorschläge abgelehnt, so ist die Kommission mit ihren Arbeiten noch nicht zu Ende. Nachdem sich das geklärt hat und erkannt ist, daß man sich auf dieser Grundlage nicht einigen kann, so werden wir weitere Vorschläge machen. Wir glauben, durch die Kommission eine Einigung herbeiführen zu können. Ueberlegen Sie die Frage nicht, sie kann nicht innerhalb eines Vierteljahrs geregelt werden. Sie wissen, wie extrem die Anschauungen zum Ausdruck gebracht worden sind, hauptsächlich von der nordischen Wasserfront her. Es gibt aber auch eine ganze Reihe von Städten, die unumwunden erklärten: „Es muß Etwas geschehen.“ Sie stellen sich nicht auf den Standpunkt der Hamburger. Die Hamburger Resolution wurde zurückgezogen, weil sie nicht Anklang fand. Ich möchte Ihnen empfehlen, legen Sie der Kommission keine bestimmten Bedingungen auf: nur bis dahin kommen wir dem B. d. F. entgegen; lassen Sie die Kommission arbeiten, wir werden dann sehen, wie die Sache wird. Die Kommission hat die Pflicht, darauf hinzuweisen, daß von beiden Seiten zunächst nichts unternommen werden darf. Wir haben wahrlich Grund genug, unser Interesse dem zuzuwenden, von wo wir die meisten Hindernisse zu erwarten haben, dem Unternehmertum; es ziehen heute schon wieder drohende Wolken am Himmel. Der Stärkere soll Toleranz üben, und das soll der stärkere M.-V. thun. Sind einige Personen, die das nicht wollen, so will das nichts sagen. Die große Mehrzahl der Former steht auf dem Standpunkte der Einigung. Stimmen Sie der Resolution zu. (Bravo)

Wähler-Berlin. Ich will feststellen, daß wenn die Berliner, soweit sie dem M.-V. angehören, den Formertag beschickt haben, sie dies gethan haben ohne Rücksicht darauf, was auf dem Formertag geschehen könnte. Das heißt, sie haben es gethan, um dort die Interessen des M.-V. zu wahren, und daß die Berliner Former darin Recht gethan haben, das hätte durch den Verlauf des Formertages bewiesen werden sein. Durch das Vorhandensein zweier Organisationen wurde häufig genug Differenzen heraufbeschworen. Jede Arbeitsgemeinschaft der Former zieht die übrigen Metallarbeiter in Mitleidenschaft. Schon diese einfachen Thatsachen müßten uns endlich einmal darüber belehren, daß es zwecklos ist, auf dem einen oder anderen Buchstaben des Gesetzes stehen zu bleiben zu wollen. Wir sind das, weiter gibt's nichts, Ihr habt Euch zu unterwerfen.“ Ich kenne solche Passagen auch in unserer Organisation nur zu viele. Deswegen sind auch viele Differenzen zu verzeichnen gewesen, die sonst unterblieben wären. Wenn die Former jaunt und besonders in getrennten Betrieben von den Metallarbeitern arbeiten würden, dann würde ich dem M.-V. empfehlen: laßt die Former laufen. Weil es aber nicht der Fall ist, weil die ganzen Verbände wagen dazu gehen, weil die Machtverhältnisse darnach hindeuten, daß in unserer Industrie immer mehr und mehr die einzelnen Branchen nicht im Stande sind, allein etwas ausrichten zu können, müssen wir einen Weg finden, der es

ermöglicht, eine Verständigung der beiden Theile herbeizuführen. 1897 war es in Berlin der B. d. F., der den Zustand bei Vorzug zu regeln hatte; von uns waren 2 Mitglieder dort vertreten, und so hielten wir es nicht für nötig, besondere Bestimmungen zu treffen, wir akzeptirten das, was der B. d. F. beschloß. Dieser Umstand führte zu dem allgemeinen Zustand der Former in sämtlichen Zweigen, und auch dazu, daß die Former in sämtlichen Betrieben des Verbandes der Industriellen in den Ausstand getrieben wurden; und wenn das so weiter gegangen wäre, so wären 26,000 Berliner Metallarbeiter auf die Straße geworfen worden. Und als die Sache vor dem Gewerbegericht zur Verhandlung kam, zeigte es sich, daß der Ausstand zu Unrecht inszenirt worden war. Dieser eine Umstand zwingt uns, ob es uns angenehm ist oder nicht, eine Verständigung herbeizuführen; um ein einheitliches Vorgehen auf allen Gebieten in die Wege zu leiten. Die Resolution ist das Werk einer Besprechung, welche stattgefunden hat. Ich glaube, daß es den denkbar besten Eindruck macht, wenn die Resolution möglichst einstimmig angenommen wird. Dadurch zeigen wir den Formen des Zentralvereins, daß wir bereit sind, in Verhandlungen zu treten. Wir binden uns in keiner Weise; wir behalten uns die Beschlußfassung vor. Stimmen Sie für die Resolution. (Bravo!)

Vorneumann-Braunschweig zieht den zu diesem Punkte von Braunschweig gestellten Antrag zurück.

Genz-Nürnberg: Der „Glück auf“ hat anfänglich die Nichtbeschickung des Formertages proklamirt. Höchner wollte wohl einen Anschluß an den M.-V., aber mit eigener Zeitung und mit eigener Sektion. Ich war auch erst gegen die Beschickung des Formertages seitens der Berliner Delegirten, aber ich habe jetzt gefunden, daß das doch richtig gewesen ist. In Nürnberg wurde von den im B. d. F. Organisirten gesagt: „Ihr könnt machen, was Ihr wollt, wir machen nicht mit.“ Der B.-V. hat Delegirte mit gebundenem Mandat nach Gotha geschickt; z. B. aus Hamburg. Wir sagen uns auch in Nürnberg, daß die Einigung herbeigeführt werden muß. Ich bin für die Resolution.

Garbe-Kassel. Die weiteren Ausführungen halte ich heute für überflüssig. Wir haben die Kommission und haben vorläufig keine Grundlage, auf der wir weiter berathen können. Nehmen Sie die Resolution an. Hören Sie die Vorschläge der Kommission und dann werden wir weiter verhandeln. Ich beantrage Schluß der Debatte.

Der Schluß wird angenommen. Die Resolution Schilde wird hierauf einstimmig angenommen. (Lebhaftes Bravo! Damit fällt der Antrag München und ist der 7. Punkt der Tagesordnung erledigt.

Anträge zum Gewerkschaftskongreß.

Es sind der Generalkommission noch folgende Anträge zum Gewerkschaftskongreß zur Veröffentlichung überhandt worden:

Punkt 2 der Tagesordnung:

b) Erweiterung der Thätigkeit der Generalkommission.

Vorstand des Holzarbeiterverbandes: Der Kongreß wolle beschließen, um die Generalkommission aktionsfähiger zu gestalten und ihren Nutzen für die Verbände zu erhöhen, die Generalkommission zu beauftragen:

1. Neben den jetzigen beiden Beamten einen dritten mit entsprechendem Gehalt fest anzustellen, welcher die Aufgabe haben soll, das in den amtlichen Publikationen des Reiches, der Einzelstaaten und Gemeinden (als Statistik des deutschen Reiches, Jahresberichte der Fabrikinspektoren, der städtischen Landes- und städtischen Renter etc.), ferner in den Berichten der Handels- und Gewerbekammern, der Versicherungsbehörden, Krankenkassen etc., sowie in Zeitchriften und sonstigen Druckwerken sich immer mehr anhäufende Agitationsmaterial speziell für die Gewerkschaftsbewegung fortlaufend zu bearbeiten und den Gewerkschaften zur Ausnutzung zugänglich zu machen.

2. Außerdem für das „Correspondenzblatt“ einen besonderen Redakteur anzustellen, mit der Verpflichtung, dasselbe zu einem allgemeinen Review über die gesamte Gewerkschaftsbewegung auszugestalten. Das „Correspondenzblatt“ soll eine regelmäßige Uebersicht über alle Vorgänge in den deutschen wie auch ausländischen Gewerkschaften enthalten, nicht nur über die Streikbewegung, sondern auch über die innere Einrichtung und Verwaltung der verschiedenen Organisationen, über wichtigere Diskussionen in den Fachblättern, besondere Eigenthümlichkeiten einzelner Berufe und deren Einwirkung auf die Organisation, Auszüge aus den regelmäßigen Abrechnungen der einzelnen Verbände, Berichte über die Geschäftslage, über die Unternehmerorganisationen, über wichtige Prozesse etc. Desgleichen sind die unter 1. gedachten Arbeiten fortlaufend im „Correspondenzblatt“ zu veröffentlichen.

3. Alljährlich einen Jahresbericht der Generalkommission herauszugeben, welcher als Handbuch für alle wichtigsten Vorkommnisse im Gewerkschaftsleben von den Gewerkschaftsbeamten, Redakteuren, Rednern, wie von allen Mitgliedern und sonstigen Interessenten benutzt werden kann. In dem Jahresbericht sind die jährlichen statistischen Ausweise über die Zahl und Stärke der deutschen Gewerkschaften und deren Einnahmen und Ausgaben, nebst der Streikstatistik zu veröffentlichen.

c) Streikunterstützung und Streikstatistik.

Vorstand des Hermannsverbandes: Die Zeitung, sowie die Aufbringung der zur Durchführung eines Streiks erforderlichen Mittel ist in erster Linie Verbandsache.

Daraus folgt hat jeder Verband schon in Friedenszeiten für Ankauf eines besonderen Fonds zu sorgen und während eines Streiks seine event. in Arbeit befindlichen Mitglieder zur Zahlung von bestimmten Extrabeiträgen zu verpflichten.

Bei längerer Dauer des Streiks sind dann die übrigen Verbände durch Vermittlung der Generalkommission zur Aufbringung weiterer Mittel mitheranzuziehen und zwar durch obligatorische Beiträge.

Außerdem sind von der Streikleitung Marken herauszugeben, die außerhalb der Verbände in Umlauf zu setzen sind.

Punkt 4 der Tagesordnung.

Die Gewerbeinspektion.

Schiffszimmerer Hamburgs: Der Gewerbeinspek-

tor groß wolle erklären, daß es notwendig ist, die Gewerbeinspektion dahin zu erweitern, daß ihr auch die Beaufsichtigung des Schiffbaues und der Schiffe überhaupt übertragen wird, und daß dem germanischen Lloyd dieses Aufsichtsrecht entzogen wird, weil dieser erwiesenermaßen interessirt, und er deshalb nicht einwandfrei ist.

Punkt 7 der Tagesordnung.

Die Arbeitersekretariate.

Vorstand des Verbandes der Berg- und Hüttenarbeiter: Die Generalkommission hat in großindustriellen Bezirken, wo die örtliche Gewerkschaftsorganisation noch nicht genügend erstarkt ist, wenn eben thunlich, die Gründung von Arbeitersekretariaten zu veranlassen und diese Institute entsprechend finanziell zu unterstützen.

Punkt 8 der Tagesordnung.

Die Stellung der Gewerkschaftskartelle in der Gewerkschaftsorganisation Deutschlands.

Gewerkschaftskartell Frankfurt a. M.: Der Gewerkschaftskongreß möge beschließen: „Den Gewerkschaftskartellen ist bei künftigen Kongressen auch Vertretung zu gewähren. Die Vertreter sind nach einem näher zu bestimmenden Wahlregulativ durch Kreis- oder Provinztage der Kartelle zu wählen.“

Punkt 9 der Tagesordnung.

Allgemeine Anträge.

Zentralverein der Federarbeiter (Generalversammlungsbefehl): Der Gewerkschaftskongreß möge dem Verbände der Land- und Hilfsarbeiter die von diesem befolgte Agitationsweise verbieten, welche darauf gerichtet ist, Arbeiter solcher Berufe als Mitglieder aufzunehmen, denen nichts im Wege steht, der Organisation desjenigen Berufs anzugehören, in welchem sie beschäftigt sind, oder Mitglieder anderer Organisationen diesen abwendig zu machen, um sie dem Land- und Hilfsarbeiterverband unter Hinweis auf den niedrigen Beitrag, welchen derselbe erhebt, zuzuführen.

H. Müller und A. Störmer (Mitglieder des Hermannsverbandes): Der Gewerkschaftskongreß erklärt: Die Ehrung unserer Todten durch Kranzspenden ist auf Antrag der Hinterbliebenen durch eine einmalige Unterstützung derselben zu ersetzen.

Bei der Höhe der Unterstützung ist ebenso wie bei den Streikunterstützungen die Kinderzahl zu berücksichtigen.

Um aber die Verbände von diesen Unterstützungen für die Zukunft zu entlasten, ist durch Vermittlung der Generalkommission die Bildung einer allgemeinen Sterbefasse von sämtlichen Verbänden baldmöglichst in's Leben zu rufen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Laut Beschluß der IV. Generalversammlung soll das Protokoll über die Verhandlungen derselben im Druck erscheinen und zum Preise von 10 J abgegeben werden. Wir eruchen daher die Bestellungen auf dasselbe umgehend an uns gelangen zu lassen, damit die Auflage danach bemessen werden kann.

- Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten: Nr. 122533 der Schlosser Richard Segewitz, geb. zu Zwickau am 26. Februar 1878. 185639 des Formers Emil Heise, geb. zu Heßwalde am 23. August 1873. 240437 des Klempners Peter Becker, geb. zu Luxemburg am 5. Februar 1871. 246793 des Schlossers Bruno Sikora, geb. zu Bromberg am 23. Januar 1880. 263870 des Klempners Joh. Matbrud geb. zu Hamburg am 22. Juli 1871. 268871 des Schlossers Richard Haas, geb. zu Oberreichenbach am 5. April 1879. 271897 des Schlossers Ernst Wacker mann, geb. zu Heisterholz am 6. September 1878.

Der Dreher Friedrich Wöhler, B. Nr. 227 494, wird hiedurch aufgefordert, die in Zeit erschwindelten 11 Beitragsmarken sofort an die Ortsverwaltung in Zeit zu berichtigen, andernfalls sein Ausschluss erfolgt.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160II, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Der Lehrling Bernhard Strötgen wird dringend um Angabe seiner Adresse gebeten. Diejenigen, die zur Ermittlung derselben beitragen können, werden darum ersucht.

Korrespondenzen.

Former.

Alt- u. Neugersdorf. Der Streik der Former in der Oberlausitzer Eisengießerei von Thiele u. Lindner dauert unverändert fort. Schon wieder hat man versucht, Einzelne von uns abtrünnig zu machen, trotzdem jede Unterhandlung verweigert wird.

Cöthen. Zuzug von Formern ist von der Maschinenfabrik vorm. Paschen fernzuhalten.

Hiel. Zum Formertag auf den Hovaltswerken. Seit acht Wochen stehen wir nun bereits im Ausstand, jedoch ist eine Einigung bis jetzt nicht zu erzielen gewesen. Dank der Starrköpfigkeit des Unternehmertums. Was kommt es demselben auch darauf an, wenn es Tausende kostet, wenn man nur dem Arbeiter sein Recht nicht zugestehen braucht. Jedoch tragen diesmal auch unsere eigenen

Berufskollegen einen großen Theil der Schuld mit, daß sich die Sache so in die Länge zieht. Nachdem die Herren Kollegen in der Eisengießerei Anfangs, nachdem sie uns gewissermaßen ins Feuer geschickt, versprochen hatten, sich mit uns solidarisch zu erklären, falls aus der Eisengießerei Arbeitskräfte zum Stahlformen herangezogen würden, sieht man jetzt, wo es darauf ankommt Farbe zu bekennen, die blaße Furcht auf allen Gesichtern. Ja, man scheut sich sogar mit uns in Verührung zu kommen, um ja die „schöne Brodstelle“ nicht zu verlieren. Eine nette Kollegialität. Aber wir kümmern uns nicht darum, wir sind noch unverzagt und werden weiter streiten bis zum letzten Mann. Von den in den Streit getretenen 38 Kollegen, inkl. drei Kranke, die erst später hinzukamen, sind jetzt nur noch neun Mann zu unterhalten, da die anderen theils abgereist, theils am Orte untergebracht sind. Leider sind von den Streikenden zwei Mann abtrünnig geworden. Das arbeitswüthige Personal bildet nun schon einen ganzen Trupp, der jedoch nicht im Stande ist, auch nur im geringsten unsere Kräfte zu ersetzen. Dazu kommen noch die sechs Lehrlinge, die von der Eisengießerei herübergeschickt wurden, außerdem zwei neu eingestellte Lehrlinge und zwei Söhne des Herrn Hoidalb, schließlich der Meister Seibold aus Heidenheim und der Vorarbeiter Schladen.

Hünzberg. Der Streik bei Schuckert dauert unverändert fort. Die Direktion sucht durch alle erdenklichen Mittel Guß und Formern zu gewinnen. So z. B. mußte eine kleine Bude Formkästen holen, um die hiezu passenden Gußstücke zu machen; auch wurde schon öfter beobachtet, daß Guß nach der Konsumanstalt verbracht wurde, um uns irre zu führen. Mit den Formern hat es natürlich auch seine liebe Noth; man versucht, Jeden, und wenn er auch vielleicht nur einmal Formen zugeföhren hat, zu gewinnen. Erst neulich wurde ein Emailierer an die Formbant gestellt. Früher war Herr Pfeifer recht wählerisch, hauptsächlich mußten Kollegen, die vorher nur auf Eisen geschafft hatten, von genanntem Herrn oft recht liebenswürdige Redensarten hören. Jetzt natürlich würde er sie mit offenen Armen empfangen. — Wir erlauben, den Zugang streng fernzuhalten.

Rathenow. Seit längerer Zeit stehen die Formner der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik Otto Schmidt in Differenzen. Die Formnerbude dieser Firma stammt allem Anschein nach aus dem 17. Jahrhundert. Es bestehen dort Mißstände, die unbedingt beseitigt werden müssen. Die Formner müssen 1) ihren Formsand allein machen, in anderen Buben wird der Sand geliefert; 2) müssen sie die Formsaften von 30—40 Zentner allein hinausbefördern, während diese bei der Firma Richter, die gerade auch nicht zu den besten gehört, mittelst eines Wagens aus der Bude transportiert werden; 3) ist der Lohn tarif ein solch verschiedenartiger, daß die Kollegen selbst nicht mehr wissen, wie weit sie eigentlich sind. Z. B. ein Kollege macht heute eine Niemscheibe und bekommt dafür 3 Mk., ein Anderer macht dieselbe — da kommt der fürsorgliche Meister Schaumburg her und setzt nur 2,50 an usw., so daß es sich bei verschiedenen Gegenständen oft um 1 Mk. Differenz handelt. Verdient ein Formner 24 Mk., so kommt Schaumburg her und zieht demselben einfach 4 Mk. ab, und legt von diesen 4 Mk. dann wieder etwas zu, wenn derselbe Formner einmal unter 20 Mk. verdient. Die Kollegen wurden nun vor etwa 6 Wochen schon vorstellig bei Schaumburg wegen des Formsand, wo ihre Wünsche bewilligt wurden. Schaumburg spricht gerne dem Alkohol zu und in Folge dessen handelt er heute so und morgen so — er entzog den Kollegen wieder den Formsand, weil sie nicht so springen wie er es haben will. Denn Sch. ist Hirsch-Dumkerianer. Weiß Sch., daß eine Branchenversammlung der Schlosser und Maschinenbauer des Sonnabends stattfindet, und ist den Tag Dienstag, dann wird gegessen bis Abends um 9 Uhr. Sch. glaubt wohl, daß er durch solche Behandlung die Leute aus unserer Organisation herausziehen kann — aber im Gegentheil. Die indifferenten Kollegen werden durch solche Behandlung aufgerüttelt werden. Beweis: die Kollegen, denen Sch. den Formsand entzogen hat, erklärten sich jetzt solidarisch und reichten folgendes Schriftstück, verbunden mit einer Forderung, an den Unternehmer Schmidt durch eine Kommission ein. „Unterzeichnete Formner erlauben sich zu beantragen, folgende Uebelstände abzuschaffen: Der Formsand der uns von Seiten des Meisters Schaumburg vor 4 Wochen, wo wir vorstellig geworden waren, bewilligt worden, ist jetzt aber wieder entzogen. Unterzeichnete unterbreiten nun der Firma O. Schmidt Folgendes und bitten, uns Bescheid bis zum Donnerstag, den 6. April, zukommen zu lassen: 1) Das Kohlenhandmade, welches bisher von uns ohne Entschädigung besorgt wurde, dahin abzuändern, daß derselbe von jetzt ab geliefert wird. 2) Das Transportieren der größeren Formkästen durch Hilfsarbeiter ausführen zu lassen. 3) Ausarbeitung eines Preistariffs.“ — Als die Firma von diesem Schreiben Kenntnis genommen hatte, schickte man den Meistern der Firma zu den Formnern und ließ sagen, Schmidt sei erkrankt, sie sollten sich vertrauen bis morgen oder übermorgen, dann werden sie Bescheid bekommen. Aber weit gefehlt! — Der verprochene Bescheid blieb aus. Aus welchem Grunde? Um die Kollegen aufzuziehen und damit sich die Firma einstweilen Formner besorgen kann, um dann die Kollegen auf das Plaster zu setzen. Die Kollegen haben am Montag, den 10. April nach der Fabrikordnung ihre Kündigung eingereicht und werden wir ja nun sehen, ob sich die Firma dazu bequemt, mit der Kommission zu verhandeln; wenn nicht, dann muß der Kampf entscheiden. Organisiert sind sämtliche Kollegen. Der Zugang von Formnern ist fernzuhalten.

Klempner.

Leipzig. Eine öffentliche Versammlung der Klempner, die am 4. April im „Koburger Hof“ tagte, war leider nur von ungefähr 200 Personen besucht. Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstellenskommission über die eingegangenen Berichte. 2. Stellungnahme zum ablehnenden Verhalten der Meister. 3. Unser Arbeitsnachweis. 4. Gewerkschaftliches. Zum 1. Punkt gab die Werkstellenskommission bekannt, daß im Ganzen 10 schriftliche Berichte eingegangen sind; hierauf wurden dann die Werkstellen verlesen. Die Kollegen, die ihren Bericht noch nicht schriftlich abgegeben hatten, thaten dies mündlich. Es ergab sich hieraus das Resultat von 37 Werkstellen, von denen 30 ganz und 7 theilweise bewilligt haben. (Kollegen!) Daraus erhellt man wieder einmal die Unwissenheit und Interesslosigkeit der Leipziger Klempner. Denn

wenn man sich vor Augen führt, daß von 250 Werkstellen, die in Leipzig sind, im Ganzen 37 Berichte abgegeben werden, so braucht es wohl keines Kommentars weiter. Wollte es doch ein jeder Kollege endlich einsehen lernen, was die Organisation für ihn bedeutet und sich ein jeder dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen. Aber mit dem Anschließen allein ist es auch nicht gethan, sondern es ist nöthig, zahlende Mitglieder zu bleiben und die Versammlungen eifrig zu besuchen. Der Schriftf.) Zum 2. Punkt wurde nach einer sehr lebhaften Diskussion beschlossen, in nächster Zeit eine Versammlung einzuberufen, um Stellung zu dem Vorgehen der Meister zu nehmen. Zum 3. Punkt wurde der Antrag angenommen, daß die arbeitslosen Kollegen sich jeden Tag zu messen haben; bei zweitägigem unentschuldigtem Ausbleiben werden sie zurückgestellt. Der 4. Punkt mußte wegen vorgerückter Zeit bis zur nächsten Versammlung vertagt werden. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen ersucht hatte, für den Besuch der nächsten Versammlung besser zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Tübtingen. Die am 5. April abgehaltene außerordentlich gut besuchte Mitgliederversammlung beschloß, der hiesigen Zwangsinnung der Klempner folgende Forderungen zu überreichen: 1) Einführung der 9 stündigen Arbeitszeit für Bau und Werkstatt; 2) 50 Prozent Aufschlag für Ueberstunden; 3) einen Stundenlohn von 40 J.

Metallarbeiter.

Ashaffenburg. Von Herrn H. Coloseus erhalten wir unter Bezugnahme auf die Korrespondenz in Nr. 14 unseres Blattes folgende Berichtigung: 1) Es ist unrichtig, daß ich meine Arbeiter Paumpen, Gauner, Spitzbuben und dergleichen titulire. 2) Es ist unrichtig, daß in der Gießerei die Arbeiter dem Zuge und dem Rauche ausgesetzt sind. Meine Gießerei ist 65 Meter lang, 25 Meter breit und 7 Meter hoch, ist vor 2 Jahren neu gebaut und weder Rauch noch Zug vorhanden, sondern dieselbe unvergleichlich hell und vollständig rauchfrei. 3) Es ist unrichtig, daß ich Kinder unter 14 Jahren zu schwerer Arbeit verwende, denn ich habe nur einen einzigen Lehrling unter 14 Jahren, der einem Potterreformer bei leichten Berichtigungen hilft. 4) Es ist unrichtig, daß ich „einen Arbeiter anzeige, wenn er am Montag nicht erscheint“, ebensowenig, daß ein Arbeiter, „der nur 1/2 Tag nicht gearbeitet hat, zu 3 Tagen Arrest verurtheilt wurde“, sondern ich habe nur Gewohnheits-Blauenmacher, die fast jeden Montag und sogar auch Dienstag fehlen, wegen Blauenmachen angezeigt und sind dieselben nur zu 1 Tag Arrest verurtheilt worden. 5) Es ist unrichtig, daß die „Arbeitspreise in der Schlosserei und Schleiferei herabgedrückt sind“. Die Schleifer arbeiten überhaupt nicht in Akkord, sondern haben einen Stundenlohn von 32 bis zu 45 J., in der Schlosserei verdienen einigermassen brauchbare Akkordarbeiter durchschnittlich 40 J. pro Stunde. Dem „jungen Schlosser“, der 80 Thüren im Werthe von 120 Mk. verputzte, wurde die Bezahlung seines Akkordlohnes verweigert, weil er sich ausdrücklich weigerte, die verputzten Thüren abzuändern und sich ausgedrückt hat, daß er fortgehe. Es wurde ihm in aller Ordnung erklärt, daß er seine Arbeit ohne Abzug bezahlt bekommt, sobald er dieselbe abändert, was dann auch geschehen ist. Ich war damals auf der Reise im Ausland, wäre ich zu Hause gewesen, dann hätte ich die Sache mit dem mir befreundeten Vater des jungen Schlossers persönlich geregelt und den jungen Schlosser dadurch veranlaßt, seine verputzten Thüren sofort abzuändern. 6) Es ist unwahr, daß ich je einen Arbeiter „ratenweise abzählte“. 7) Es ist unrichtig, daß keine Schutzvorrichtungen in meiner Fabrik vorhanden sind, es sind alle Maschinen z. mit Schutzvorrichtungen versehen, wie sie der Herr Fabrikinspektor anordnete. 8) Es ist unwahr, daß schlechtes Licht vorhanden ist, da die Fabrik genügend mit Gas beleuchtet ist und hell und geräumig ist. 9) Es ist unwahr, daß „die ganze Bude giftig ist“, es ist nicht eine Stelle in der ganzen Fabrik gesundheitsgefährlich, was auch die Thatfache beweist, daß von 130 Arbeitern nicht einmal 1 Prozent durchschnittlich erkrankt ist, meistens ist kein Einziger erkrankt. 10) Die Aborte und die mit Siphons versehenen Pissoirs sind eher zu lustig, als daß darin eine „erstidende Atmosphäre herrscht“ und ist, ohne daß Polizei oder sonst Jemand die Unregung dazu gab, ein Plan für eine neue größere Abortanlage beim Stadtmagistrat zur Zeit eingereicht, die noch in diesem Monat zur Ausführung kommt. Ebenso führe ich zur Zeit den Neubau einer neuen Schlosserei von 68 Meter Länge, 12 Meter Breite und 5 1/2 Meter Höhe auf, so daß ich behaupten kann, daß in Bayern keine Fabrik der Eisenbranche eine hellere, lustigere und schönere Gießerei und Schlosserei besitzt, als ich eine solche habe.

Bromberg. Am 9. April hielt die hiesige Verwaltungsgesellschaft D. M. W. eine Versammlung ab. Den Kassenbericht über das 4. Quartal erstattete Kollege Köpfl. Als Bevollmächtigter wurde Krönig und als Kassenrevisor Reitz gewählt. Der Erhöhung des Beitrages wegen der Arbeitslosenunterstützung auf 30 J wurde gutgeheißen. Es wurde beschlossen, am 30. April eine Frühlpartie zur Feier des 1. Mai zu unternehmen.

Crimmitschau. Maßregelung. Anlässlich der in Halle stattgefundenen Generalversammlung wurde für den Bezirk Crimmitschau, Werdaun, Groisch usw. unser Kollege B. als Delegierter gewählt. Er erbat sich deshalb von der Firma Kettling u. Braun, wo er beschäftigt war, für die Osterwoche Urlaub, den er auch erhielt. Am 5. April jedoch wurden ihm von Seiten der Firma die Papiere durch einen Handarbeiter in die Wohnung geschickt, der dieselben in Abwesenheit des Kollegen und seiner Frau einer im Hause wohnenden Familie übergab. — Dies war offenbar eine Maßregelung wie sie im Buche steht. Dazu hatte nun eine auf Sonntag, den 9. April, einberufene Werkstattversammlung Stellung zu nehmen. In dieser Versammlung wurde die Maßregelung, sowie einige bestehende Mißstände in dieser Fabrik auf das Schärfste kritisiert. So wurde eine Kommission von 5 Mann gewählt, welche am darauffolgenden Montag vorstellig werden sollte, um die Gründe für die Entlassung B.'s zu erfahren und die Wünsche bezüglich der Mißstände mit vorzubringen, um vielleicht eine Abstellung auf gutlichem Wege herbeizuföhren. Kaum hatte jedoch der erste Mann die Komptoirthüre geöffnet, als auch schon Herr Kettling die Kommission anführte: „Macht, daß Ihr rauskommt! Ich will von Eurer gottverdammten W...“

gar nichts wissen! Zimmer raus! wer gehen will, kann gehen. Eure Fremdzettel liegen schon da! Es blieb der Kommission nichts übrig, als unverrichteter Sache abzugehen und ihre Siebelsachen zu packen, wobei Herr Kettling immer hin- und herließ und einem Dreher die Schlüssel zu seinem Schrank, nach Entnahme seiner Sachen, sofort wegnahm. Der Stand der Bewegung selbst ist ein guter, da Zweidrittel der gesammten Arbeiter die Fabrik verlassen hat.

Crimmitschau, 15. April. Als die Kommission am Montag, den 10. April, aus der Fabrik von Kettling u. Braun heraus war, erklärten sich mehrere Arbeiter mit derselben solidarisch und legten die Arbeit sofort nieder. Ihnen folgte am Mittag noch die Hälfte der Arbeiter, so daß gegenwärtig von 42 beschäftigten Arbeitern 21 ausständig sind. Zwei sind durch Krankheit verhindert daran Theil zu nehmen, und so arbeiten, einschließlich der Handarbeiter, noch 20 Mann, davon 3 Tischler, 1 Zimmermann, 4 Schlosser, 4 Dreher und 1 Schmied. Ausschließlich der 4 Schlosser kommt die übrige Arbeiterschaft für uns nicht in Betracht und wird es Herrn Kettling nicht gelingen, für die ausständigen Spezialarbeiter Ersatz zu finden. Zeichnungen, sogenannte Zirkbilder, sind im primitivsten Zustande, jeder Schlosser hat keine Zeichnung im Notizbuche resp. im Kopfe, so daß zu rentablen Betrieben Ersatz für die Ausständigen zunächst nicht zu beschaffen ist. Demnach steht die Sache der Ausständigen so günstig, daß auf einen baldigen Sieg zu hoffen ist, zumal Herr Kettling der nochmals vorstellig gewordenen Kommission schon anständig entgegenkam. Derselbe nahm von der Kommission zunächst die Forderungen der Ausständigen entgegen, welche dahin lauten: 1) Einstellung des Kollegen B. und sämtlicher Ausständigen. 2) Einführung des 10 stündigen Arbeitstages. 3) Beseitigung vorhandener Mißstände, zumal Reinigen der Aborte. 4) Wahl eines Arbeiter-Ausschusses — und erklärte sich dahin, daß er den Kollegen B. auf keinen Fall wieder einstellen werde, sich in seiner Fabrik Reformen irgend welcher Art vorbehalten, sich aber durchaus nicht von seinen Arbeitern Vorschriften machen lasse. Nun, wir werden ja sehen, wie lange Herr Kettling diese Stellung wird beibehalten können. Wenn derselbe erklärt, er schließe seine Bude auf 1 Jahr und gehe ins Bad, so können wir ihm solches nicht verwehren, versichern demselben aber, daß wir — wenn nicht anders — auch bei seiner Rückkehr noch im Ausstände verharren und unsere Forderungen stellen werden, hoffen aber gleichzeitig, daß Herr Kettling seinen noch für ihn thätigen Arbeitern den Lohn für diese Zeit pränumerando ausbezahlen wird. Die Kommission wird nicht unterlassen, ihn bei seiner Rückkehr wieder zu besuchen. Im Uebrigen ist noch zu erwähnen, daß sämtliche Ausständige am Mittwoch Lohn und Papiere in die Herberge geschickt bekamen. Zuschriften sind zu richten an das Streikkomitee in Alhert's Herberge, Crimmitschau. — Einem am 11. April in öffentlicher Metallarbeiterversammlung gewählten Streikkomitee ist es, trotz Hinzuziehung des Bevollmächtigten, noch nicht gelungen, eine Einigung zu erzielen. Aber fast schien es, als ob die Inhaber der Firma selbst nicht einig unter sich sind, denn der eine derselben drückte durch Gebarden seinen Standpunkt so aus, als ob er für seine Person die Forderungen der Ausständigen bewilligen würde, aber ohne Einwilligung seines Sozjus solches nicht könne. Aus solchen Anzeichen kann man ersehen, daß es nicht lange währen wird und der Sieg ist unser. Im Uebrigen hat die Bewegung der Arbeiter der Firma Kettling u. Braun schon das Gute gezeitigt, daß der nicht ausständige Zimmermann einen neuen Abort zu bauen beauftragt worden ist; hoffentlich wird selbiger wöchentlich geschauert werden, damit solche Mißstände nicht wieder in die Öffentlichkeit getragen zu werden brauchen.

Dresden. In der „Deutschen Sache“ in Striesen tagte am 25. März eine gut besuchte Versammlung der Johannstädter und Striesener Metallarbeiter. Genosse Haenisch referirte über den Kampf um das Koalitionsrecht. Er führte den Anwesenden die politische Situation vor Augen, beleuchtete die gegen die organisierten Arbeiter beliebte Rechtspredigt, bewies an der Hand der Thatfachen die Nothwendigkeit der vollen Koalitionsfreiheit und forderte die Metallarbeiter auf, mit allen Mitteln und Kräften für die Stärkung des Verbandes einzutreten. Der starke Beifall der Versammlung bezeugte, daß der Redner das Richtige getroffen. Die sich dann über die Zustände in den Fabriken entspinne Debatte gestaltete sich äußerst lebhaft und interessant. Der Bevollmächtigte, Kollege Hoffmann, wies auf die Stellung der Unternehmer hin, die jeden Arbeiter, welcher für seine Interessen einzutreten wagt, auf das Plaster werfen. So hatte letzthin die Schlossfabrik Wirtig in Striesen Lohnreduzierungen vorgenommen, und einen Arbeiter, der sich darüber aufhielt, entlassen. Die Kollegen wählten deshalb eine Kommission. Die Mitglieder derselben wurden ebenfalls entlassen, obwohl der eine Kollege schon 10 Jahre dort beschäftigt ist. Herr Wirtig erklärte, daß die Arbeiter, wenn sie 4 Tage arbeitslos seien, wieder kämen und sich anbettelten. Es wird Sache der Kollegen sein, Herrn Wirtig bei Gelegenheit andere Anschauungen beizubringen. Bei der bekannten Firma Pittig u. Sohn verjucht man ähnliches. Die Firma hat ja auch alle Ursache, sich Arbeiter, welche noch etwas Rückgrat besitzen, vom Halbe zu halten, denn die Lohnverhältnisse sind sehr traurig und dabei werden immer weitere Abzüge gemacht. Ein Herr Bär behauptete, daß die Löhne der Metallarbeiter bei Pittig u. Sohn sehr glänzende seien. Er redet von 40 Mk. Wochenverdienst. Der Herr wurde aber von der heiteren Seite aufgenommen, und bezeichnenderweise von einem „Hirschen“ gründlich heimgeleuchtet. Derselbe führte eine Reihe von Beispielen an, wie die Löhne heruntergedrückt werden. So wurden früher für Prismensur für Klappkamera 1,35 Mk., jetzt nur noch 0,35 Mk. bezahlt; für Becher zu Novitas-Objekten 20 J., dann 13 J., jetzt gar nur 9 J.; für Fassungen zu Objektiven früher 15 J., jetzt 3 J.; für Fassungsstücke 1,10 Mk., jetzt 0,40 Mk. usw. Beiderseits Verdienst an diesen Abzügen gebührt den Vorarbeitern (oder Meistern, wie sie gerne hören) Pictich und Junger. Beide Herren, deren technische Kenntnisse von verschiedenen Meistern in der Versammlung sehr niedrig eingeschätzt wurden, bieten Alles auf, um die Löhne tief herabzudrücken. Leider sind auch eine Anzahl Arbeiter vorhanden, welche durch Verbindungen gutbezahlte Arbeiter zu erschaffen suchen. Es

werden noch eine Anzahl von Fällen über schlechte Bezahlung bei Hüttigs angeführt. Ein Redner erklärte, daß er noch nie über 20 M. Durchschnittslohn bekommen sei. Da die ganze Arbeit Spezialität ist, so ist es natürlich, daß Anfänger kaum 14-15 M. verdienen. Da hilft sich die Firma auf ganz sonderbare Art und Weise. Man gibt dem betreffenden Arbeiter bei jeder Lohnzahlung so viel Vorschuß, als ihm noch an dem vollen Wochenlohn (in Stunden) fehlt. So ist es möglich, daß Kollegen, die schon 10 Wochen in Arbeit stehen, immer noch für Vorschuß arbeiten. Für diese multiplizierte Akkordarbeit verdient die Firma ein Ehrendiplom, persönlich überreicht von der Firma Stumm, Postamt u. No. Nummerung des Schriftführers.) Ein Kollege, welcher auf dem Arbeitsnachweis erklärt, bei Hüttigs anzufangen, wird von seinen Kollegen ob seiner Natur als Wunderthier angestaunt, denn die Klempnerarbeiten (besonders die Saterneuerfertigung) erfordern eine jahrelange Übung, um bei den niedrigen Akkordsätzen nicht zu verhungern. Für Ueberstunden gibt es eine fürstliche Entschädigung von einer Flasche Bier. Von allen Rednern wird die Nothwendigkeit der Organisation betont, denn nur der Deutsche Metallarbeiter-Verband könne und würde hier Remede schaffen. Wegen vorgerückter Zeit wurde die Versammlung mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Metallarbeiter-Verband geschlossen.

Dülken. Ein fröhliches Fest feierten vorige Woche die Arbeiter der hiesigen Rheinischen Webstuhlfabrik, weil der stramme Generaldirektor, auf den genannte Firma ihr ganzes Vertrauen gesetzt hatte, plötzlich den Abschied erhielt. Daß die Arbeiter Ursache hatten sich darüber zu freuen, hat seinen Grund darin, daß der Direktor in der dreijährigen Thätigkeit gegen die Arbeiter so „zuwortkommend“ gewesen ist, daß selbst ältere Arbeiter, die 12-15 Jahre dort beschäftigt waren, sich genöthigt sahen, die Bude zu verlassen. Da die hiesigen Arbeiter sich mehr und mehr der betreffenden Bude fernhielten, so ließ der Direktor sich auf Kosten des Geschäftschlossers und Dreher aus Chemnitz kommen, die sich laut Kontrakt verpflichten mußten, ein und zwei Jahre dort zu arbeiten. Ueber die Ursache der plötzlichen Entlassung des Muster-Direktors kann man Vieles denken, aber sagen darf man nichts. Es ist noch die traurige Thatsache zu verzeichnen, daß von den dortigen 120 Arbeitern nur drei organisiert sind. Nach den überstandenen Strapazen werden die Kollegen doch noch zur Einsicht kommen, sich zu organisiren, d. h. dem Deutschen Metallarbeiter-Verband sich anschließen zu müssen.

Düsseldorf. Achtung Modellschreiner! Ueber die Firma Düsseldorf Eisenwerke, vormals Senff u. Heye ist die Sperre verhängt. Grund dazu ist: die nicht genügend bewilligte Forderung der Arbeiter: Entlassung des Meisters Stegemann. Die Sektion der Modellschreiner des D. Holzarb.-Verb.

Offenbach a. M. Zur Lage der hiesigen Schleifer. Die Verhältnisse der Schleifer in Offenbach gestalten sich von Tag zu Tag schlechter, ja in einzelnen Werkstätten sind sie gewissermaßen unter aller Kritik. Die Zahl der organisirten Schleifer ist gegenwärtig zum Eingreifen behufs Bejeitigung der größten Missethäter gering. Zudem die Schleifer einer der gesundheitsgefährlichsten Betriebe ist, wäre es nöthig, daß der Fabrikinspektor ein Hauptaugenmerk darauf richten würde. Die Löhne, wie sie hier gezahlt werden, müssen wir kurz betrachten. In der Schleiferei bei H. Sander wird meistens das rohe Feinstgrob mit Schwabeln polirt. Es werden zu diesen Scheiben Lappen verwendet, die in Farbwerken u. schon in Gebrauch waren und halb verfault oder verbrannt sind, durch die durchgelassene Säure. Welche Dünste der Arbeiter dabei einathmen muß, kann sich Jeder denken. Dazu kommt noch, daß an den übrigen Materialien gespart werden muß, trotzdem wohl viel Arbeit verlangt wird. Um nun viel fertig zu bringen, läuft sich ein Theil der Schleifer Strindal aus eigener Tasche. Es wird in Lohn und in Akkord gearbeitet. Die Akkordarbeiter (Schleifer) verdienen im Durchschnitt 24-28 M. die Tagelohnarbeiter bis 24 u. pro Woche. Die jugendlichen Arbeiter, die auch theilweise im Akkord arbeiten, müssen auch für ihr wenig Geld viel leisten, denn der Meister steht sonst immer hinter ihnen. Ihr Verdienst schwankt zwischen 11 und 15 M. Der Wechsel der Schleifer ist ein großer. Bei J. Rösch wird von den Schleifern im Akkord gearbeitet. Die Akkordpreise sind sehr minimale und kommt ein alterer Schleifer durch seine eigenen Leistungen selten über 25 u. Ja, es ist vorzuziehen, daß ein Schleifer, der im vorigen Jahre dort gearbeitet, 12 M. und noch weniger pro Woche verdiente. Die schon länger dort beschäftigten Schleifer haben einen Gehalt, der mit ihnen arbeitet und fast so viel wie ein tüchtiger Schleifer leisten muß. Von dem Lohn, den der Schleifer mit dem Gehalt verdient hat, bekommt der Gehaltling 5-6 M. So kommt es, daß sich die betreffenden Schleifer auf 35-40 M. pro Woche stellen. Die Schutzvorschriften lassen bei Akkord etwas zu wünschen übrig. Wenn ein Arbeiter an der Transmissions hängen bleibt, was bis jetzt glücklicherweise noch nicht passirte, so müßte behufs Abstellens erst Jemand zum Maschinenführer laufen. Bei schlechtem Gesundheitsgang kommt es vor, daß die Schleifer, wenn sie nur ihrer Arbeit fertig sind, oft halbe Tage auf dem Papier liegen, wodurch sie in Schulden gerathen. Will nun Jemand sein Arbeitsverhältnis momentan lösen, so muß er entweder seine Schulden bei dem Fabrikanten bezahlen oder er muß so lange arbeiten, bis er die Schulden abbezahlt hat; das geht nicht länger als 14 Tage. — Um die Verhältnisse der Schleifer Offenbachs zu verbessern, ist es Pflicht eines jeden organisirten Kollegen, daß er seinen Nebenkollegen aus dem Lohne anweist, ihn dem D. M. A. zuzuführen. Von den Offenbacher Schleifern ist ein ganz guter Prozentig organisiert, und wenn Jeder seine Schuldigkeit thut, trägt für den Verband agiren, werden die Schleifer sich sehr bald bessere Verhältnisse schaffen können.

Oggersheim. Am 8. April wurde hier eine Zahlstelle des D. M. A. gegründet. Die Mitgliederzahl beträgt zur Zeit 42. Es ist nun Sache jedes Mitgliedes, recht eifrig zu agitiren, um dem Verbande recht viele Mitglieder zu gewinnen. Jeder der Ortsverwaltung ist es, in den jeden 1. Samstag im Monat stattfindenden Mitgliederversammlungen die einschlägigen Tagesfragen zur Erörterung zu bringen und durch eine rege Diskussion die Mitglieder immer mehr mit dem Zweck und den Zielen des Verbandes vertraut zu machen.

Die hiesigen noch fernstehenden Metallarbeiter fordern wir auf, dem Verbande beizutreten.

Pöschel. Zugang von Metallarbeitern ist von hier fernzuhalten, da wir in eine Lohnbewegung eingetreten sind.

Saalfeld a. S., 17. April. (Telegramm.) In der Maschinenfabrik Wilhelmshütte haben 18 Mann, Dreher und Schlosser, die Arbeit niedergelegt. Grund: 25 Prozent Lohnabzug. Zugang fernhalten!

Weimar, 13. April. Eine Versammlung der Schlosser und Schmiede der hier seit einem halben Jahre bestehenden Waggonfabrik beschloß sich am 12. April mit den Zuständen in der Fabrik. Verhaftete Lage geführt wurde über einen Vorarbeiter, welcher besonders die jüngeren Arbeiter in einer Weise behandle, welche man öffentlich mit dem richtigen Ausdruck nicht bezeichnen könne; einem Arbeiter gab er Ohrfeigen, deshalb mußte er sich gefallen lassen, daß ältere Arbeiter ihn zur Reibe stellten. Die Löhne der Fabrik, welche anfangs nur Theil gute waren, sind nach und nach immer mehr herabgedrückt worden. Der höchste erzielte Lohn bei den Schmieden betrug in 14 Tagen bei täglicher Ueberarbeit von einer und mehreren Stunden 80 M., ein anderer verdiente 78 M. Jetzt sind die Löhne der Schmiede herabgedrückt worden, so daß dieselben Arbeiter, die 80 und 78 M. verdienten, nur 38 u. bekamen in 14 Tagen. Die Stundenlöhne schwanken zwischen 25-37 A. Letzteren Lohn bekommen von etwa 60 Schlossern nur 2 oder 3. Dabei werden für jede Uebertretung der Fabrikordnung Strafen verhängt. Beim Zutritt zum Werk geht nicht nur der Lohn verloren, sondern es werden noch obendrein Geldstrafen festgesetzt. In der Debatte kamen drastische Fälle zur Sprache betr. das Verhalten der Vorgesetzten. Am letzten Sonntagabend waren den Schmieden wieder Lohnabzüge gemacht worden. Nun einigten sich die Schmiede und beschloßen, am Montag, den 10. d. M., vorstellig zu werden, um eine Lohnsteigerung, Abänderung der Fabrikordnung und Entlassung des Vorarbeiters Wohlfeld zu erlangen. Die Arbeit wurde am Montag Morgen aufgenommen. Nach dem Frühstück begab sich eine Deputation zu dem Ingenieur. Eine Einigung wurde aber nicht gleich erzielt, einer der Sprecher wurde auf Grund der Fabrikordnung sofort entlassen, er war an dem Morgen und auch schon einige Male früher zu spät gekommen. Die Folge der Entlassung war, daß alle Schmiede und Zuschläger aus der Fabrik gingen. Am Nachmittag wurde jedoch eine Einigung erzielt, es wurde den Schmieden ein Lohn von 40-45 u. und den Zuschlägern 30-32 u. pro Stunde zugesichert, ebenfalls dem Werkführer gekündigt und Abänderung der Fabrikordnung nebst Wahl eines Fabrikassistenten zugesagt. — Die Schlosser hatten sich in einer Versprechung am Montag Abend ebenfalls geeinigt. Deren Versuche am Dienstag auf Herbeiführung besserer Bedingungen waren weniger von Erfolg. Sie erlangten nur eine Lohnaufbesserung von 5 Prozent, auch wurde die Kündigung Wohlfelds zurückgezogen. Am Dienstag ist auch noch zwei Schreibern auf den erhaltenen Lohn von 38 M. eine Nachzahlung von 23 M. gemacht worden mit dem Bemerken, es wäre irrtümlich zu wenig gezahlt. Die in der Versammlung anwesenden Schlosser waren fast einstimmig geneigt, die Kündigung einzutreten und zu treten. Auswärtige Vertreter des Gewerkschafts-Komitees rieten aber entschieden davon ab, weil ein großer Theil der in Frage kommenden Personen nicht organisiert sei. Der Vorschlag, dem Verbande beizutreten, folgten sofort 34 Personen, so daß nunmehr fast alle Schlosser und Schmiede dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande angehören. In einer am Montag abgehaltenen Versammlung sollen weitere Beschlüsse gefaßt werden. Der Streik ist damit vorläufig noch nicht beschlossen. Hoffentlich gelingt es auch, eine Verständigung zwischen Fabrikleitung und der Arbeiterschaft herbeizuführen. — Ueber die Fabrik ist die Sperre verhängt.

Waisrath. Was das Fabrikantenium den Arbeitern Alles verbietet, davon haben wir wieder einmal ein Beispiel in Waisrath erlebt. In der Eisengießerei Friedr. Feldhof & Co. wurde im Januar d. J. eine Filiale der Allgemeinen Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (S. 29) Hamburg, gegründet. Die Mitglieder der Ortsverwaltung dieser Kasse fanden bei genannter Firma in Arbeit. Als die Kasse 4 Wochen existirte, wurden die Verwaltungsmitglieder von Herrn Frz. Feldhof auf's Komptoir gerufen und ihnen einfach gesagt: „Entweder löst die Kasse auf oder ich muß andere Maßregeln ergreifen. Da habt Ihr Etwas gemacht, das paßt mir nicht, da hätten wir besser eine Zwangsparasse gegründet.“ Als die Ortsverwaltung erklärte, daß das so leicht nicht mehr ginge, meinte Fr.: „Schreibt nur nach Hamburg zum Hauptvorstand, ich wollte es nicht haben.“ Es waru schon 15 Mitglieder bei genannter Firma in der Kasse. Ein Mitglied wurde nochmals vorstellig wegen Einzelmithgliedschaft, darauf sagte der Chef: „Bis Montag (dies war Samstag) will ich Bescheid haben.“ Entweder — oder! Nachher gab er in sehr zurückhaltender Weise zu verstehen, als wenn er gegen die Einzelmithgliedschaft nichts einzuwenden hätte. Da es den Arbeitern aber nicht darum zu thun war, zogen einzelne, die sich der Sache angenommen hatten, vor, Klage zu erheben mit den Mitgliedern zu nehmen. Es wurde am anderen Tage eine Besprechung anberaumt, zu der aber nur 7 Mann erschienen und unter diesen war noch ein Verräther. Drei Tage später wurde 2 Mitgliedern gekündigt, sie sollten sich um andere Arbeit umsehen. Drei Mitglieder traten nun aus; um sich nicht Alles bieten zu lassen, zogen sie es vor, einer anderen Zahlstelle beizutreten. Da nun doch an Einigkeit nicht zu denken war, wurde die Filiale aufgelöst und am 1. Montag die Abrechnung gemacht. Dies ist auch ein Beitrag zum Koalitionsrecht der Arbeiter in Deutschland!

Zorge a. S. Kommt ist in unserem Orte eine Zahlstelle des D. M. A. gegründet, so sind die Herren Direktor Dohm vom Harzer Werk, Ingenieur Remmann, der Oberförster und ihre Gesinnungsgegenossen ganz aus dem Häuschen, und sie haben es auch fertig gebracht, daß unser Bevollmächtigter Otto Arnold arbeitslos ist. Kollege Arnold ist Drechsler, arbeitet bei einem Meister, welcher 3 Drechsler und 2 Poliermaschinen beschäftigte. Der Meister hat nun seit 5-6 Jahren seine Werkstatt mit Wasserkraft vom Harzer Werke gepachtet gehabt. Seine Pacht, es war am 1. Oktober 1898 abgelaufen und seit der Zeit ist er bis jetzt nur durch die Gnade der Harzer Werke darin geblieben. Nun aber, da der „Fetter Arnold“ ganz Zorge „auf den Kopf gestellt“

hat, wie der Herr Direktor Dohm in öffentlicher Wirtschaft erklärt hat, mußte, weil sonst „die Zufriedenheit der Arbeiter immer mehr gestört“ würde, der Drechslermeister innerhalb einer Woche die Werkstatt verlassen, oder — den Arnold aus Zorge schaffen. Der Meister sicherte sich natürlich seine Existenz und setzte Arnold auf die Straße. Der Herr Oberförster verlangte sogar, daß sämtliche Drechsler herausgeworfen werden sollen, denn es seien alle Sozialdemokraten. Der Herr Oberförster thäte indessen besser, sich um seine Forstwirtschaft zu kümmern und nicht seine Nase in Sachen zu stecken, die ihn nichts angehen, sonst würden wir ihn mit seinen Freunden, welche „Arbeitswillige an der Arbeit hindern“, demnächst mit abgeschorenem Barthaar und im Zuchthauslergewand in der Anstalt zu Wolfenbüttel besuchen können. Im Uebrigen mögen sich diese Herren nicht eindreuen, daß sie mit der Maßregelung Arnolds irgend etwas erreicht haben. Es ist schon Fürsorge getroffen worden, und unsere Zahlstelle wird von Tag zu Tag stärker, woraus wir sehen, daß die Arbeiter immer mehr und mehr zu der Erkenntnis kommen, daß das beste Mittel zur Beseitigung derartiger Bedrückung die Zugehörigkeit zur Organisation ist.

Mechaniker.

Stuttgart. Zu den Differenzen bei der Firma G. und C. Fein ist noch nachzutragen, daß auf die Entlassung eines Mitgliedes des Arbeiterausschusses hin 44 Kollegen durch Unterschrift auf 2 Listen ihre Kündigung einreichten. Am nächsten Morgen fand sich folgender Anschlag am schwarzen Brett: „Dem Dreher W. wurde deshalb gekündigt, weil und seine Aufführung nicht gepaßt hat. Da wir jeden Einzelnen ohne die Zustimmung der Anderen einstellen können, so können wir auch jeden Einzelnen ohne die Zustimmung der Anderen entlassen, das ist unser gutes Recht. Wir haben dies dem Arbeiterausschuß mitgeteilt und erhielten darauf die Kündigung nachstehender Arbeiter (folgen die Namen). Wir nehmen die Kündigung an, erklären aber dieselbe als ein Komplott, die Beteiligten haben sich die üblichen Folgen selbst zuzuschreiben. Wir geben jedoch bis Mittwoch Abend 6 Uhr Gelegenheit, sich die Sache noch einmal zu überlegen und die Kündigung zurückzunehmen.“ Die Einschüchterung mit der schwarzen Liste verjagte ihre Wirkung nicht, denn die Stimmung wurde schon eine gedrückte. Nun begann der zweite Trick, nämlich die persönliche Bearbeitung. Die tüchtigeren Arbeiter wurden in das Komptoir gerufen und dort bearbeitet. Als das nicht stückte, begann die Werkstattdatation; man erinnerte sich auf einmal, daß die Arbeiter auch Gefühlsmenschen sind und wurde höflich. Man begünstigte sich vorläufig mit den minder tüchtigen, wobei der Portier Dienste leistete, der dieselben einzeln zu sich rufen ließ und ihnen eröffnete, er habe eine Gegenliste, Niemand erfahre etwas davon, sie könnten also ruhig ihre Kündigung zurücknehmen. Leider gelang ihm dieser Schachzug bei vier Mann, die schon bei der ersten Wagenchwache umfielen und nicht einmal bis 6 Uhr Abends warten konnten. Sämtliche vier sind ledig und Mitglieder des D. M. A., diese gaben in geheimer Abstimmung und durch Namensunterschrift ihr Wort, unter allen Umständen für ihren gemäßigten Kollegen einzutreten. Im Laufe des Vormittags wurde eine Kommission von vier einflussreichen Kollegen gebildet, mit denen Herr G. Fein Abends verhandelte und erklärte: er bedauere die vorläufige Kündigung, es sei keine Maßregelung vorliegend. Auch eine kürzere Arbeitszeit könne er nicht einführen, indem er sich an den Industriellen-Verband um Rath gewandt hätte, bei Nichterhaltung der Abmachung müße er einen Wechsel von 15,000 M. einlösen, er sei ein Mann von Charakter und müsse sein Wort halten. Wenn die Herren Kunz in Berg, Boigt in Heidenheim usw. die 9tündige Arbeitszeit einführen, sei er auch bereit, dieselbe sofort einzuführen. Gleich nach der Verhandlung wurde am schwarzen Brett angeschlagen, daß die Firma sämtliche Kündigungen als zurückgenommen betrachte. — Die Sektion der Mechaniker hielt am 8. April ihre Mitgliederversammlung im Lokal zum „Rindl“ ab, wobei die oben angeführten Thatsachen nochmals gründlich besprochen wurden. Es wurde dabei die Angabe des Fabrikanten Fein betreffs der Entlassung unseres Kollegen als unwahr bezeichnet und ein Antrag angenommen, der besagt, daß die Sektion der Mechaniker die Entlassung als eine Maßregelung betrachte, die nur in Folge der Agitation für den 9tündigen Arbeitstag bei der Firma erfolgte und zwar auf Veranlassung des Industrieverbands, welchem Herr Fein angehört. Da aber dem Arbeiterausschuß gegenüber Herr Fein erklärte, keine weiteren Entlassungen mehr vorzunehmen, in den Blättern aber dennoch Arbeiter gesucht werden, so beschloß die Sektion der Mechaniker, vorderhand die Sperre über die Firma zu verhängen, um dadurch etwaigen weiteren Entlassungen vorzubeugen. Die anwesenden Kollegen von Fein erklärten nun, erst recht für den Verband wirken zu wollen.

Schläger.

München. Am 27. März fand hier eine öffentliche Metallschläger-Versammlung statt mit der Tagesordnung: Vortrag über die Bedeutung der Maifeier. Diskussion über den neu ausgearbeiteten Lohnarif. Für den Lohnarif, der zum Theil nach den Fürther Lohnsätzen aufgestellt war, sprach sich die Versammlung einstimmig aus: was in Fürth schon längst bezahlt werde, sei auch für München nicht zu hoch. Hierauf wurde der Ortsverwaltung, Sektion der Schlosser und Maschinenbauer l. d. J., die ganze Angelegenheit überwiesen und reichte der Bevollmächtigte sofort die Forderungen bei den Meistern ein. Die Antwort, d. d. 5. April war nicht entgegenkommend; darauf kommt für die Gehilfen nicht nur nichts heraus, sondern sie würden noch eine Verjeherung erhalten. Zu einer am 6. April abgehaltenen öffentlichen Metallschläger-Versammlung wurde in geheimer Abstimmung das Ansuchen der Meister einstimmig zurückgewiesen und am 7. April die Kündigung eingereicht. Besonders zeichnete sich in letzter Versammlung das frühere Verbandsmitglied Heinrich Fiedl von Fürth aus, indem er erklärte, nicht mitstreifen zu wollen; wer ihm etwas in den Weg lege, den bringe er ins Zuchthaus. Wir eruchen um Fernhaltung des Zugangs von Metallschlägern nach München. Briefe u. an August Schäfer, Fortentwerderstr. 25, l.

Feilenhauer.

Meißen-Gölln. Die Differenzen sind zu Gunsten der Feilenhauer geregelt. Die Forderung war: 10tündige Ar-

beitszeit mit entsprechendem Lohnzuschlag. Gearbeitet wurde früher wöchentlich 66 1/2, bzw. 63 1/2, jetzt 60 Stunden bei demselben Lohn wie früher. Man strebt, was mit einer strengen Organisation zu erreichen ist. Darum auf, Kollegen, organisiert Euch!

Wien. An sämtliche Feilenarbeiter Deutschlands! Die Konferenz der Feilenarbeiter Oesterreich-Ungarns in Wien vom 2. bis 3. April 1899 hat zum Hauptvertrauensmann Josef Ulrich gewählt. Es wird daher ersucht, alle Zuschriften, Streifenberichte, Zeitungen zc. an Josef Ulrich, Wien VI, Gumpendorferstr. 64 zu richten.

An die örtlichen Verwaltungsstellen des D. M.-B. Nordbayerns.

Gesuche um Referenten, um Berichterstattung von der IV. ordentlichen Generalversammlung in Halle, sind umgehend an den Koll. P. H. Rögner, Nürnberg, Neue Gasse 44, zu richten.

Die Agitationskommission des D. M.-B. für Nordbayern.

Rundschau.

Die Lage des deutschen Arbeitsmarktes zeigt nach den neuesten Berichten der Arbeitsnachweis-Verwaltungen eine Situation, wie sie bisher noch niemals beobachtet worden ist. Bei den 58 Verwaltungen, welche über den Monat März in der Berliner Zeitschrift "Der Arbeitsmarkt" vergleichbare Daten veröffentlichten, kamen auf 100 offene Stellen diesmal nur 89,3 Arbeitsuchende, d. h. direkter Arbeitermangel! Und wenn auch dieses Verhältnis nur durch die weiblichen Abteilungen in so hohem Grade herbeigeführt wird, so zeigen doch auch die männlichen Abteilungen nur das äußerst knappe Verhältnis von 100,5 Arbeitsuchenden auf 100 ausgetretene offene Stellen (gegen 114,8 männliche Arbeitsuchende in dem entsprechenden auch schon sehr günstigen Monat des Vorjahres). Die äußerst angespannte Berg- und Hüttenindustrie, die trotz aller gegenteiligen Gerüchte in Deutschland im Großen und Ganzen sehr lebhaft fortschreitende Bauhätigkeit, die zahlreichen Schneidereien im Bekleidungsgebiete, sowie die Anforderungen, die die Landwirtschaft an die Arbeitsnachweise stellt, haben dieses Ergebnis gezeitigt. Im Einzelnen weisen im Vergleich zum März vorigen Jahres 40 (+ 2 ausl.) eine Abnahme und nur 14 (+ 2 ausl.) eine Zunahme des Andranges, während bei einem (Erfurt) das Verhältnis gleich geblieben ist.

Abnahme: Breslau, Frankfurt a. O., Berlin, Kiel, Hamburg, Quedlinburg, Hannover, Osnabrück, Bielefeld, Hörde, Essen, Elberfeld, Düsseldorf, M.-Gladbach, Aachen, Kreuznach, Wiesbaden, Mainz, Darmstadt, Heidelberg, Bahr, Freiburg, Offenburg, Schopfheim, Karlsruhe, Mannheim, Konstanz, Stuttgart, Cannstatt, Göttingen, Ludwigsburg, Kemptingen, Göttingen, Heilbronn, Ravensburg, Ulm, Würzburg, Nürnberg, Augsburg, München. — [Brünn, Graz.]

Zunahme: Posen, Nordorf, Halle a. S., Münster, Dortmund, Köln, Frankfurt a. M., Gießen, Worms, Kaiserslautern, Straßburg, Wülheim, Pforzheim, Fürtch. — [Bern, Winterthur.]

Die Mitgliederbestände der deutschen Krankenkassen am 1. April zeigen eine Steigerung gegen den Vormonat. Bis jetzt liegen in der Berliner Monatschrift "Der Arbeitsmarkt" Angaben von Ortskrankenkassen aus 30 Orten mit rund 1/4 Millionen Mitgliedern vor. Die Zunahme beträgt im Durchschnitt 2,1 Proz. Wenn diese Zunahme nicht ebenso hoch ist, wie im Vorjahre (3,8 Proz.), so liegt dies daran, daß in diesem Jahre schon die Steigerung im Laufe des Februar ganz besonders stark gewesen war. In Berlin hat am stärksten zugenommen die Ortskrankenkasse der Maler (14,4 Proz.), aber im Vorjahre sogar 32,7 Proz.; in Stuttgart Baugewerbe (7,0) und Schneider (6,2); in München Baugewerbe (12,4, aber im Vorjahre 28,1).

Was muß wohl der "Gewerkverein" von seinen Lesern halten? Diese Frage drängt sich uns auf, wenn wir die Ausführungen des genannten Blattes in seiner Nr. 14 vom 7. April lesen. Das Blatt behauptet nämlich, unser Genosse Rohrlack hätte sich in der "Met.-Ztg." (in seinem Tätigkeitsbericht) darüber "beschwert", daß ihm die Gewerksvereiner nicht helfen, Filialen seines Verbandes zu gründen. Komischer Weise aber druckt das Blatt den diesbezüglichen Satz aus dem Bericht Rohrlacks ab, der lautet:

"Es wurde mir die Zusicherung, daß in den Werkstellen dahin gewirkt würde, daß Niemand der Ausbreitung des D. M.-B. hindernd in den Weg tritt. ... Aber das Gegenteil trat ein: der Kollege, der an die bisher nicht organisierten mit der Aufforderung kam, sie mögen an Besprechungen teilnehmen, ... dieser Kollege zog sich die Nichtachtung seiner früheren Freunde zu, es grüßte ihn Niemand mehr."

Also der Gewerkverein hält seine Leser für so — na, sagen wir begriffstüchtig, daß sie keinen Unterschied zu machen verstehen zwischen Nichthindern (die Unorganisierten) heranzuziehen, und helfen Filialen zu gründen. Wenn's die Leser sich gefallen lassen — uns kann es recht sein. Wir haben den Eindruck, daß man in der Redaktion nicht so begriffstüchtig ist, sondern nur nach einer Entschuldigung sucht für das Verhalten der Herren vom Gewerkverein zu Küstrin; dieser Versuch ist aber als völlig mißglückt zu erachten.

"Christlicher" Verrath an den Arbeitern. In Aresfeld, wo noch immer die Weber im Streik stehen, sind schändliche Dinge vorgekommen. Die offenbar nicht proletarischen Leiter des dortigen christlichen Textilarbeiter-Gewerkvereins wollten durch bezügliche Vereinbarungen die so lange heldenhafte kämpfenden Arbeiter bedingungslos an die Fabrikanten ausliefern und der Zentralrat des Gewerkvereins verlangte von den Arbeitern gegen die Streikunterstützung den Hevers, daß sie sich als Streikbrecher mißbrauchen lassen. Die Gewerkschaften deckten den Verrath öffentlich auf, worauf zahlreiche Textilarbeiter aus dem christlichen Gewerkverein aus- und in die Gewerkschaft eintraten, sowie der schändliche Hevers zurückgezogen wurde.

Diese sehr lehrreichen Vorgänge zeigen neuerdings, daß andere Leute als die noch gutgläubigen Arbeiter die Urheber der Spaltung der Arbeiterchaft in mehrere Lager sind und daß nur jene, nicht aber die Arbeiter daran ein Interesse haben. Die Unternehmer, die zur "Obrigkeit" und Herrschaft gehören, stehen den christlichen Leitern eben näher als die Arbeiter, "Unterthanen". Aber — es dämmert bei diesen!

Bei den "christlichen Gewerkvereinen" dämmert's.

Zwei Organe der christlichen Gewerkvereine, "Der Bergknappe" und "Der Arbeiter" äußern sich in bemerkenswerther Weise gegen die Scharfmacher und den Zuchtstauskurs. Das erste Blatt führt in einem bezüglichen Artikel u. A. aus, daß der christliche Gewerkverein nothgedrungen, wenn die Unternehmer die guten Bestrebungen zu vereiteln suchen und sich denselben schroff entgegenstellen, mit den Sozialdemokraten Hand in Hand für die berechtigten Bestrebungen der Arbeiter kämpfen muß und wird. "Ob man dann darüber Zeter und Mordio schreit im großkapitalistischen Lager, wird den Gewerkvereinen gar nicht berühren und ihm gleichgültig sein. Mögen dann die Scharfmacher und Manchestermänner, denen doch jeder ernste Wille und das Bestreben, auch dem Arbeiterstande gerecht zu werden, fehlt, die Verantwortung für etwaige unliebsame Folgen übernehmen." — Der "Arbeiter" betont sehr zutreffend die ungünstigere Stellung des wirtschaftlich schwächeren Arbeiters gegenüber dem wirtschaftlich stärkeren Unternehmer und die daraus folgende Nothwendigkeit für den Arbeiter zum Zusammenschluß mit seinen Kollegen. "Da verlangt die einfache Gerechtigkeit wohl eine Beseitigung der noch bestehenden Beschränkungen der Koalitionsfreiheit, wenigstens eine Beseitigung des obwaltenden Ausnahmestandes, nicht aber Zuchtstausvorlagen zur weiteren Einschränkung der Koalitionsfreiheit." Da die Fisch-Dunker'schen auf dem gleichen Standpunkt stehen, kann man sagen, daß die gesamte deutsche Arbeiterchaft ohne Unterschied einig ist in der Stellungnahme gegen die Scharfmacher-Notte und den Zuchtstauskurs. Da sollte denn auch die Reaktion gegen die Arbeiterchaft kläglich scheitern müssen.

Submissionsblätter. Zu diesem Kapitel liefert die Fachzeitung für Blechbearbeitung und Installation, das Organ des Südd. Flachner- u. Verbaudes einen weiteren Beitrag; sie schreibt in ihrer Nr. 13:

"Sie werden nicht alle, die Herren — Kollegen, die nicht über die einfachsten Formeln der Regel de Tri hinauskommen können, sich infolgedessen selbst schädigen und ihre Berufsgenossen benachteiligen, wo und wie sie können. Man schreibt uns aus Freudenstadt: Einer kürzlich hier ausgearbeiteten Submission lag folgender Ueberschlag zu Grunde:

Table with 2 columns: Item description and Price. Items include Dachrinnen, Abflusrohr, Rohrstellen, etc.

Hierauf gingen folgende Offerten ein: Von Flachnermeister Brucklacher und Reinath 15% Abgebot ohne Zinkarbeit.

Für Zinkarbeit um den Ueberschlag: Von Flachnermeister S. Frey 20% Abgebot ohne Zinkarbeit.

Für Zinkarbeit 10%.

Man sollte nun meinen, unter diese Offerte, die ja schon bis zur äußersten Grenze ging, würde sich kein Konkurrent wagen, aber weit gefehlt. In der Person des Flachnermeisters Mast fand sich noch einer, der seine Kollegen weit übertrumpfte, und zwar dadurch, daß er 31 Proz. mit Zinkarbeit abbot. Was sagen nun die Kollegen zu einer derartigen Konkurrenz? Aber noch eine Frage mag erlaubt sein. Was helfen alle Preislisten, wenn sich immer wieder Leute finden, die mit wahren Wuchsprüngen über nun einmal als Norm angenommene Preise hinübergehen? So lange sich derartige — Kollegen in unserem Gewerbe noch breit machen können, ist freilich an eine Besserung unserer Geschäftsverhältnisse nicht zu denken."

Das süddeutsche Meisterorgan kämpft, wie wir gerne anerkennen, mit Ausdauer und Konsequenz gegen die Schmutzkonkurrenz, allein helfen werden alle seine Klagen und Beschwerden nichts.

Ein Meisterstück der Bureaucratie! "Was in den Akten ist, ist auch in der Welt" — so könnte man den bekannten satirischen Spruch auf die Bureaucratie variieren, um ein passendes Motto für die folgende, fast ungläubliche Geschichte zu finden.

Ein Maurer in Böttau hat das Unglück, daß ihm am 11. Mai 1898 sein etwa 5 Monate altes Töchterchen stirbt. Das arme Wesen ruht längst in kühler Erde — aber in den Registern des Gemeindevorstandes lebt es fort — am 7. November erhält der Maurer die Aufforderung, seine Tochter bis spätestens zum 5. Dezember impfen zu lassen. Das war nun dem Manne bei allem Respekt vor der hohen Obrigkeit nicht möglich. Er geht aber auf's Standesamt, läßt sich mit Unterschrift und Siegel beschreiben, daß das Kind trotz der Akten des Gemeindevorstandes nicht mehr lebt, legt diese Bescheinigung im Bureau des Gemeindevorstandes vor und glaubt nun, seine Pflicht als Staatsbürger vollaus gethan zu haben. Wie erpfaßt er aber, als er im Februar eine polizeiliche Strafverfügung über 1 M Geldstrafe erhält, weil er sein verstorbenes Töchterchen immer noch nicht habe impfen lassen. 10 M Strafe werden angedroht, wenn die Impfung nicht innerhalb 14 Tagen erfolgt sei. "Schöne Hummelei im Gemeindebureau" denkt sich der Mann und im Bewußtsein seines Rechts, ärgerlich darüber, daß ihm die vortreffliche Buchführung der Behörde schon einmal unnötige

Schererei gemacht hat, unterläßt er es, Widerspruch innerhalb der gesetzten Frist gegen die Verfügung zu erheben.

Bis hierher ist die Geschichte nicht absonderlich — Irrthümer können auch im Gemeindebureau passieren, wenngleich es schon etwas stark ist, daß das Kind trotz der besonderen Vorstellung des Mannes, im Bureau noch immer munter in den Akten fortlebt. Jetzt aber kommt das, was die Spitzmarke rechtfertigt. Das Verfahren gegen den Maurer geht seinen gewöhnlichen Gang weiter; er wird aufgefordert zu zahlen, es wird ihm mit Pfändung gedroht. Vergerlich wird noch einmal mit der Bescheinigung des Standesbeamten der Weg zum Gemeindebureau angetreten — und dann war die Sache erledigt — wird der Leser denken. Der Beamte wird sich vielmals entschuldigt haben, wird den fehlenden Vermerk in den Akten endlich nachgeholt, wird den Strafbefehl annullirt und das Verfahren eingestellt haben.

Weit gefehlt. Es wird bedeutet, die Sache könne nur dadurch erledigt werden, daß der Mann eine Eingabe um Erlass der Strafe einreicht! Obgleich die ganze Geschichte aber von der Behörde verschuldet ist, obgleich gar keine Handlung des Mannes vorliegt, die bestraft werden könne, obgleich die völlig tatsächliche, wie auch die formell juristische Nichtberechtigung der Strafverfügung klar zu Tage liegt, verlangt die Behörde, daß der Mann sie noch um Erlass der Strafe bitten soll! Daß er das nicht gethan, wird ihm Niemand verdenken können. Und nun — ja nun kommt der Gerichtsvollzieher in's Haus und siegelt die Sachen an, das ganz ungerechtfertigte Strafverfügungsverfahren wird von der Behörde fortgesetzt, die ganz genau weiß, wie die Sache liegt! Weiter kann der starke Bureaucratismus wohl nicht auf die Spitze getrieben werden.

Der Mann hat die Absicht, die Gemeindebehörde für allen Schaden, der ihm aus diesem Verfahren erwächst, durch gerichtliche Klage haftbar zu machen. Wir konnten ihm darin nur zustimmen — versucht muß es jedenfalls werden, solche Auswüchse der Bureaucratie zu beschneiden — um zu verhüten, daß weitere solche Meisterstücke in die Welt gesetzt werden. "Sächsl. Arbeiterztg."

Aus der Schweiz wird unserem österreichischen Bruderorgan, dem "Neuen Oesterr. Metallarbeiter" geschrieben: Der Schweizerische Metallarbeiterverband ist gegenwärtig in starkem Wachsthum begriffen. Fast in allen Orten ist eine erhebliche Zunahme der Mitgliederzahl bemerkbar, und wo man nicht daran dachte, daß Sektionen gegründet werden könnten, sind doch solche entstanden. Freilich geht es nicht so ruhig zu, und an Opfern, die sich die Fabrikanten auserleihen, fehlt es nicht. Ueberall gährt es unter den Metallarbeitern, theils um eine Verbesserung ihrer Lage zu erreichen, theils um sich gegen eine Verschlechterung derselben zu wehren oder zur Vertheidigung des Koalitionsrechtes. Bevor noch der Streik in Baden beendet war, traten die Arbeiter der Schlossfabrik Decendingen in Ausstand, aus Solidarität für ein gemäßigtes Vorstandsmitglied. Es gelang aber auch hier nicht, die Zurücknahme der Entlassung zu erwirken, doch wurde für die Zukunft volle Anerkennung der Gewerkschaft zugesichert. Der Ausstand dauerte 14 Tage. — In Delsberg (Werner Jura) wurde vor kurzer Zeit eine für die Schweiz neue Industrie eingeführt, welche hauptsächlich am Niederrhein zu Hause ist: die Messer- und Britannia-Metallwaarenfabrikation. Meistens sind deshalb auch rheinländische Arbeiter beschäftigt. Ein Lohn von Fr. 6 wurde bei einer übermäßig langen Arbeitszeit (12 bis 13 Stunden) ordentlich. Den Arbeitern ganz unerwartet wurde eine Lohnreduktion von 17 Prozent vorgenommen, deshalb traten sie sogleich in Ausstand, welcher nach acht Tagen beendet wurde, dadurch, daß die Arbeiter in eine 5prozentige Reduktion einwilligten. Es wird nun auch dafür gesorgt, daß der geistliche Elfstundentag eingehalten wird; das beste Mittel für die Arbeiter, sich vor weiteren Lohnreduktionen zu schützen, denn je früher die Arbeitszeit, desto größer der Lohn — das wird auch hier zutreffen. — In einer Bewegung befinden sich gegenwärtig die Schmiebe und Wagner der Westschweiz. Bei diesen ist überall, mit Ausnahme einiger größeren Orte, noch eine zwölfstündige Arbeitszeit vorherrschend, weil dieselben meistens, da sie in Kleinbetrieben arbeiten, dem Fabrikgesetz nicht unterstellt sind. Die hauptsächlichsten Forderungen sind: zehnstündige Arbeitszeit, Festsetzung eines Minimallohnes, Versicherung gegen Unfall durch die Meister etc. In Solothurn ist es bereits zum Ausstand gekommen und an anderen Orten wird derselbe wahrscheinlich nicht ausbleiben. Doch ist mit ziemlicher Sicherheit auf Erfolg zu rechnen, wenigstens in Bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit. — Die Gießler in Biel haben ohne Arbeitsbeeinstellung eine Verkürzung der Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden und 10 Prozent Lohnaufbesserung errungen. Behufs besserer Agitation unter den Gießlern haben sich die Gewerkschaften derselben zu einem Gießlerartell zusammengeschlossen. Am 26. März fand in Winterthur eine Delegirtenversammlung der Gießler statt, um die Mittel und Wege zu beraten, wie eine umfassende und wirkungsvolle Agitation einzuleiten sei. — Das Erfreulichste, was diesmal zu berichten ist, ist die Bewegung in Winterthur. Trotz dem dort 5000 Metallarbeiter beschäftigt sind, war die Organisation sehr schwach, und alle Veruche, dieselbe zu stärken, blieben bis jetzt so ziemlich erfolglos. Die Zuschläger in der Lokomotivfabrik haben nun den Anfang gemacht und eine bessere Lohnregulierung verlangt. Sie wurde abgelehnt und die Arbeiter, 40 Mann, traten in den Ausstand. Sofort wurde nun entsprochen. Als aber der neue Tarif vorgelegt wurde, entsprach er den Wünschen der Arbeiter nicht und ein zweiter Ausstand war die Folge davon, welcher nach vier Tagen sein Ende fand, indem das Verlangen der Zuschläger voll bewilligt wurde. Mittlerweile hatten auch andere Abtheilungen, Monteure, Kesselschmiede, Handlanger Forderungen gestellt, und zwar 45 Centimes Minimallohn für Gelernte, 40 Centimes für Hilfsarbeiter, und gedroht, bei Nichtbewilligung sofort die Arbeit niederzulegen. Dem städtischen Vermittlungsamte ist es gelungen, die Direktion zu Zugeständnissen zu bewegen; sie gewährte eine Lohnaufbesserung an sämtliche Arbeiter von 2 bis 6 Centimes pro Stunde. Eine von 800 Mann besuchte Versammlung nahm diese Zugeständnisse an und beschloß eine Fabriksgewerkschaft zu gründen. Hoffen wir nun, daß die Arbeiter an diesem Beschlusse festhalten und eine mächtige Gewerkschaft entsteht. Die Lokomotivfabrik beschäftigt 1200 bis 1400 Mann. Diese Erfolge dürften auch die Arbeiter bei Gebrüder Sulzer, welche 3000 Arbeiter beschäftigen, anspornen, mehr als bisher sich der Organisation

annahmen, denn in diesem Etablishment ist eine stramme Gewerkschaft ebenso nötig. — Als ein Beispiel von Unternehmern- und Handwerksmeisterwillkür diene zu Schlusse die Schreinerausperrung in Bern. Um die Gewerkschaft zu sprengen und den vor zwölf Jahren durch Streik errungenen Minimallohn von 38 Centimes pro Stunde zu beseitigen, wurde ein Theil der Arbeiter ausgesperrt, worauf die übrigen ebenfalls die Arbeit kündigten und nach Ablauf der Kündigungsfrist die Arbeit niederlegten. 300 Mann sind an dieser Bewegung beteiligt. Auf den Ausgang des Kampfes darf man gespannt sein, da er ein hartnäckiger zu werden verspricht.

Neues Volkshaus in Brüssel. An den Osterfeiertagen ist in der belgischen Hauptstadt das neue Volkshaus der dortigen Genossenschaften und Gewerkschaften der Arbeiter eröffnet worden, woran auch die ausländischen Arbeiter entweder durch Vertretung oder durch Entbietung von Glückwünschen Theil nahmen. Der Festzug zählte 20,000 Teilnehmer. Das neue Volkshaus enthält viele Räume für die Gewerkschaften und einen Saal für 5000 Personen.

Litterarisches.

Anlässlich der bevorstehenden **Maifeier** ist im Verlage von J. S. W. Diez Nachf. in Stuttgart soeben erschienen: **Maieindämmerung.** Benzgedichte von Andreas Scheu. Das Buch ist in elegantem farbigen Umschlag gut gebunden zum Preise von 1 Mk durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Von der „**Neuen Zeit**“ (Stuttgart, Diez Verlag) ist soeben das 29. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Zuchthausvorlage. — Bernstein über die Werththeorie und die Klassen. Von R. Kautsky — Beiträge zur Geschichte des Koalitionsrechts in Deutschland. Von Max Schippel. — Was lesen die Wiener Arbeiter? — Feuilleton: Vater Unmale. Von Guy de Maupassant. Deutsch von Wilhelm Thal.

Zentral-Arbeitsnachweis der Feilenarbeiter Deutschlands.

Adressen-Verzeichnis:

- Augsburg** umfasst: Augsburg, Dillingen, Kaufbeuren, Kempten, Landsberg, Lauingen, Lindau, Mindelheim, Neu-Ulm, Nördlingen, Sonthofen. Adresse: H. Kienberger, Augsburg II. 161.
- Berlin und Umgebung**. Adresse: Arbeitsnachweis für alle in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter u., Berlin S., Annenstr. 39, Part. Fernsprech-Anschluss Amt 7, Nr. 528. Ausgabezeit: halb 12 Uhr Vormittags.
- Bielefeld und Umgebung** umfasst: Bielefeld, Brackwede, Herford, Schloß Holte. Adresse: Fr. Bunte, Bielefeld, Heeperstr. 48.
- Brandenburg a. Havel**. Adresse: Wilhelm Dreißiger, Wolkenweberstr. 37, B. Ausgabezeit: Mittags 12—2, Abends 6—7 Uhr.
- Braunschweig**. Adresse: J. Aßert, Kasanien-Allee 63, II. Ausgabezeit: Mittags 12—1, Abends 7—8 Uhr.
- Chemnitz** umfasst: Chemnitz, Ernstthal, Frankenberg, Freiberg, Glauchau, Hohenstein, Oederan, Delsnitz, Ebernau, Penig, Stollberg und dazu liegende Orte. Adresse: Hugo Weißbach, Chemnitz, Maxstr. 17, II. Ausgabezeit: Mittags 12—1, Abends halb 7—8 Uhr.
- Darmstadt**. Adresse: Chr. Wurm, Darmstadt, Schloßgasse 2, II. Ausgabezeit: Mittags 12—1, Abends halb 8 bis halb 9 Uhr.
- Dresden und Umgebung** umfasst: Königstein, Könnitz mit Ortshäusern, Pirna, Plauenischen Grund, Nadeberg, Schwanau. Adresse: Max Jähnke, Dresden, Gajshaus zur „Hägerburg“, Flemingstr. 15. Ausgabezeit: Abends 7—8 Uhr.
- Düsseldorf**. Adresse: Bernhard Wachs, Düsseldorf-Bilk, Benzbergerstr. 1, I. Ausgabezeit: Mittags 12—1, Abends halb 8 bis halb 9 Uhr, Sonntags 10—12 Uhr.
- Duisburg** umfasst: Duisburg, Hamborn, Mülheim a. Ruhr, Oberhausen, Mülrodt. Adresse: Heinrich Döfler in Duisburg, Koloniestr. 112. Ausgabezeit: Wochentags: Mittags 12—1 Uhr, Abends 7—9 Uhr, Sonntags 10 bis 12 Uhr Vorm.
- Erfurt** umfasst: Bernburg, Colleda, Eisenach, Erfurt, Saalfeld, Weizungen. Adresse: Anton Buase, Erfurt, Sachsengasse 7.
- Halle a. S.** umfasst: Ammendorf, Bernburg, Delitzsch, Eilenburg, Gisleben, Halle, Köthen, Merseburg, Mücheln a. S., Torgau, Weizungen. Adresse: Paulmann's Restauration, Halle a. S., Gartenstr. 7.
- Hamburg** umfasst: Hamburg, Medtenburg und Schleswig-Holstein. Adresse: D. Schulz, Leffinghaller, Gängemarkt 35, I.
- Köln a. Rh.** umfasst: Düren, Ehrenfeld, Kall, Köln a. Rh., Mülheim a. Rh., Sülz. Adresse: Anton Untelbach, Köln, Gereonswall 4.
- Leipzig u. Umgebung**. Adresse: Otto Reide, Leipzig, Windmühlentstr., „Goburg Hof“.
- Linden h. Hannover** umfasst: Gelle, Döhren, Hameln, Hannover, Hildesheim und Linden. Adresse: Joh. Straßner, Hannover, Langstr. 2.
- Mannheim-Ludwigsbafen** umfasst: Frankenthal, Ludwigshafen a. Rh., Mannheim, Speyer. Adresse: Paulus Anquet, Mannheim M 5, 10, III.
- Meißen** umfasst: Golln und Meißen a. Elbe. Adresse: Martin Heil, Golln a. Elbe, Großenhainstr. 25, I. Ausgabezeit: Mittags 12—1 Uhr, Abends 7—8 Uhr.
- Münchhagen** umfasst: Dorfen, Erding, Freising, Ingolstadt, Landsberg, München, Rurnau, Schwanau und Weilheim. Adresse: Joh. Bapt. Herbstmaier, München, Sendlingerstr. 80, III.
- Nürnberg** umfasst: Nürnberg, Fürth, Erlangen, Bamberg, Würzburg, Aschach, Bayreuth, Ansbach, Schwabach, Weizungen, Treuchtlingen und Gunzenhausen. Adresse:

- Ang. Bauer, Nürnberg, Mariengasse 18, Part. Ausgabezeit: Mittags 12—1, Abends 6 bis halb 8 Uhr.
- Regensburg**. Adresse: Baptist Hagen, Regensburg, Wotho Bahngasse B 85.
- Rosenheim** umfasst: Mötting, Wiesbach, Mühlhof, Reichenhall, Rosenheim, Traunstein, Wasserburg. Adresse: Josef Hanzer, Rosenheim, „Frühlingsgarten“.
- Stuttgart** umfasst: Cannstatt und Stuttgart. Adresse: P. Berner, Stuttgart, Champignystr. 1, p., Spezereiladen.
- Welsch** (Aheinland). Adresse: Joh. Peters, Welsch, Nordstraße 2. Ausgabezeit: Mittags 12—1 Uhr, Abends 7—8 Uhr.

Zentralarbeitsnachweis der Feilenarbeiter Deutschlands
Stuttgart, Redaktr. 160, I, Telephon-Nr. 3392.

Verbands-Anzeigen.
Mitglieder-Verfassungen.

- Aachen**. Samstag, 22. April, Abds. halb 9 Uhr, bei Schilling, Vergstr. 25.
- Bamberg**. Samstag, 22. April, Abends 8 Uhr, bei Schloßler.
- Barmen**. Samstag, 29. April, Abds. halb 9 Uhr, bei Karl Juhn, Fichtenthalerstr. 12. Vortrag.
- Berlin**. Vertrauensmännerkonferenzen: Für den Osten: Sonnabend, 29. April, bei Wiedemann, Friedenstr. 67; für Charlottenburg: Sonnabend, 29. April, bei Pajche, Potsdamerstr. 44.
- Bernburg**. Sonnabend, 29. April, Steinstr. 4.
- Frankenthal**. Am 30. April in Delzner's Restaurant.
- Frankenthal**. Samstag, 22. April, Abds. halb 9 Uhr, bei Wargand, Weichgasse 33. Bericht von der Generalversammlung. Abrechnung vom 1. Quartal. Ausflug.
- Fürstentum (Spreew.)**. Sonnabend, 6. Mai, Abds. halb 9 Uhr, in der Schloßkellerei. Vortrag. Berichterstatter über die Generalversammlung.
- Görlitz**. Montag, 24. April, Abds. halb 9 Uhr, im „Felsenkeller“, Sonnenstr. — Die Mitgliedsbücher sind zwecks Revision den Austrägern zu übergeben.
- Grünberg i. Schle.** Montag, 24. April, Bahlabend in der „Sonne“.
- Hamburg**. (Allg. Verw.) Mittwoch, 26. April, Abds. halb 9 Uhr, bei Hilmer, Gänsemarkt 35 („Leffinghaller“). Abrechnung vom 1. Quartal. Bericht von der Generalversammlung. Maifeier.
- Jena**. (Beide Sektionen.) Freitag, 28. April, Abds. halb 9 Uhr, in der „Grünen Tanne“ zu Wenigen-Jena. Bericht von der Generalversammlung. Referent: Kollege Leber.
- Kaiserslautern**. (Allg.) Samstag, 29. April, Abds. halb 9 Uhr, in den „Drei Mohren“, Stadtweberstr. 1. Verlegung der Versammlungsabende. Agitation.
- Kalk**. Am 29. April.
- Karlsruhe**. (Sektion der Bauhofsler.) Samstag, 22. April, in der „Fortuna“.
- Karlsruhe**. (Sektion der Blechner und Installateure.) Samstag, 22. April, Abds. halb 9 Uhr, in der „Wacht am Rhein“. Einführung eines Arbeitsnachweises.
- Karlsruhe-Mühlberg**. Samstag, 22. April, Abds. halb 9 Uhr, in der früheren Brauerei Diefenbacher.
- Kiel**. (Allg.) Mittwoch, 26. April, Abds. halb 9 Uhr, bei Ahrens, Alte Reihe 8. Abrechnung vom 1. Quartal. Bericht vom Gewerkschaftsstatell.
- Kiel**. (Sektion der Klempner.) Dienstag, 25. April, bei A. Ahrens, Alte Reihe 8. Vortrag: Die 9/10stündige Arbeitszeit.
- Köln**. Jeden Sonntag vor dem 15. eines Monats. **Indenthal** h. Köln. Sonntag, 23. April, Vormittags 10 Uhr, in Braunsfeld, bei Herrn Schwung, Braunstr. 23. Abrechnung vom 1. Quartal. Vortrag des Kollegen Klein-Köln über: Die Entwicklung des deutschen Unfallversicherungsgesetzes sowie Rechte und Pflichten der Arbeiter und Unternehmer.
- Ludwigsbafen**. Samstag, 22. April, Abds. halb 9 Uhr, im „Sämannen“.
- Ludwigsbafen a. Rh.** Samstag, 29. April, Abds. halb 9 Uhr, im „Wittelsbacher Hof“, Ecke der Jäger- und Raststraße.
- Mehlis**. Sonntag, 30. April im „Lindenhof“.
- Mieselwitz**. Sonnabend, 22. April, Abds. 8 Uhr, in der „Ducke“.
- Mühlhausen i. Th.** Die nächste regelmäßige Versammlung fällt der öffentlichen Gewerkschaftsversammlung wegen aus. Dafür Montag, 24. April, Abds. 8 Uhr, im Verbandslokale. Berichterstatter über die Generalversammlung in Halle a. S. Referent: Kollege Ehrler. Arbeitslosenunterstützung und Beitragserhöhung. Wie leiten wir unsere Agitation ein? — Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
- Mundenheim**. Jeden letzten Samstag im Monat.
- Nürnberg**. (Allgem.) Samstag, 29. April, im Café Merz, Pragergasse. Vortrag.
- Ogersheim**. Unsere Versammlungen finden jeden 1. Samstag im Monat abwechselnd, erstmalig bei Geerner zur „Gintacht“, dann bei Bolmer zum „Hilf“ statt.
- Reimscheid**. Samstag, 22. April, Abds. halb 9 Uhr, bei H. Permann, Stachelhausen.
- Rohlfen**. Sonnabend, 29. April, bei Schreiber, Feldstr. 51, Georgen (Baden). Sonntag, 23. April, Vorm. halb 11 Uhr, in der „Krone“. Wahl eines Bevollmächtigten und Schriftführers.
- Stuttgart**. (Allg.) Samstag, 29. April im Gewerkschaftshaus.
- Stuttgart**. (Sektion der Klempner und Installateure.) Sonntag, 22. April, Abds. 8 Uhr, im „Goldenen Bären“. Redaktionsbericht der Jahrsynale. Aufsatzbericht.
- Stuttgarter-Offheim**. Samstag, 22. April, Abends 8 Uhr, im „Volksgarten“. Abrechnung vom 1. Quartal.

- Ulm**. Samstag, 22. April, Abds. 8 Uhr. Quartalsabrechnung. Neuwahl eines Kassiers Vortrag des Kollegen Paas. — Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
- Welsch**. Samstag, 29. April, Abds. halb 9 Uhr, bei Wre. Kottorheid, Keufstr. 26. Abrechnung vom 1. Quartal. Bericht über die Generalversammlung.
- Wittau**. Sonnabend, 22. April, Abends halb 9 Uhr, Bahlabend in Wolf's Restaurant.

- Berlin**. Für unsere Mitglieder sind noch eine Anzahl Billets zur Sternwarte in Treptow a 75 J in unserem Bureau, Annenstr. 39, erhältlich.
- Bonn**. Den Ortsverwaltungen der 68. Wahlabteilung zur Kenntniß, daß der Delegirte Alfred Sommer, Köthen, Louisenstr. 12, II, gewillt ist, Bericht zu erstatten, wenn es gewünscht wird.
- Döbeln i. S.** Die Adresse des Bevollmächtigten ist: M. Wölke, Sömnitzerstr. 3, I. Reisegehalt: Abends von 7 bis 8 Uhr, Sonntag von 1—2 Uhr.
- Dresden und Umgebung**. Ich ersuche die Kollegen dringend, darauf zu achten, daß sie sofort bei Veränderung ihrer Wohnung die neue Adresse und ihre zuletzt innegehabte Wohnungsadresse an mich gelangen lassen oder dem Wirtthe hinterlassen, wohin sie bezogen sind. Josef Hoffmann, Bevollm., Wettinerstr. 39, IV.
- Karlsruhe**. (Sektion der Bauhofsler.) Adresse des Bevollmächtigten: Jos. Lorenz, Marienstr. 40.
- Meißen**. Adresse des Bevollmächtigten: Paul Hilgen, Thalstr. 70, II.
- Nürnberg**. (Allg.) Unser Bureau befindet sich Dörrens-gasse 16, II, wozelbst das Reisegehalt angewiesen wird. Bureauzeiten: Früh 9—1, Nachm. 3—7 Uhr, Sonntags Früh 8—9 Uhr.
- Rohlfen**. Sonntag, 30. April, Maiausflug. Sammel-punkt Früh 7 Uhr, im Vereinslokal.
- Schweinfurt**. Die Reiseunterstützung wird von jetzt ab in der Zentralherberge, „Gasthaus zum „Gold. Löwen“ ausbezahlt.
- Ulm**. Das Reisegehalt wird im „Gasthaus zur Breite“, Breitengasse, Abends von 7—8 Uhr, ausbezahlt.
- Wiesbaden**. (Sektion der Spengler u. Installateure.) Der Spengler Jakob Göttsmann, geb. am 4. Nov 1879 zu Alzen, Buch Nr. 232 603, aufgenommen hier, wird gebeten, seine Adresse an den Bevollmächtigten H. Schlegel, Koonstr. 11, gelangen zu lassen.
- Witz**. Der Bevollmächtigte Julius Fischer wohnt Leipzigerstr. 5c.

Gestorben.

In Kottbus am 6. April der Schmied Max Säktert im 24. Lebensjahre an Lungenleiden.

Freie Persone.

Döbeln i. S. (Metallarbeiter-Verein.) Sonnabend, 13. Mai, in der „Muldenterrasse“.

Öffentliche Versammlungen.

- Braunschweig**. Sonnabend, 22. April, bei Meier, Alte Knochenhauerstr., öffentliche Klempnerversammlung. Referent: Genosse Wehemeier.
- Gustausburg-Rosheim**. Samstag, 29. April, Abds. 8 Uhr, bei Siebenhaar (Gustausburg) öffentliche Metallarbeiterversammlung. Bericht von der Generalversammlung in Halle. Referent: Kollege Hausmann-Mainz. — Die Mitgliedsbücher sind zur Kontrolle vorzulegen oder dem Eintassirer vorzuzeigen.

Privat-Anzeigen.

Eüchtiger Eisenhobler (Fraiser) sucht Stelle. Näh. in der Expedition. [58]

Gesucht werden zu sofortigem Antritte bei hohem Lohne tüchtige

Maschinenschlosser

von 57] **Dr. Bernhard John, G. G. Draener,** Maschinenfabrik Ellenburg bei Weipzig.



Quittungs-Marken u. Kautschuk-Stempel

liefert seit 20 Jahren für tausende Kassen u. Vereine. — **Jean Holze, Hamburg, Gr. Drehbahn 45.** — Verlag sozialistischer Bilder. — Illustr. Freialisten gratis und franco. Soeben erschien das neue **Fraktionsbild** der soz.-dem. Partei 1898.

Zum Schutz der Organisation gründer sich am 18. März 1891 nach dem 16wöchentlichen Kampfe der Tabakarbeiter um ihr Koalitionsrecht die Tabakarbeiter-Genossenschaft in Hamburg.

Die Genossenschaft zahlt keine Dividende; den von derselben Beschäftigten wird ein anständiger Lohn bezahlt; bei einer evtl. Auflösung fällt das Vermögen an die Tabakarbeiter-Organisationen. An Arbeiterorganisationen, Gewerkschaftskartelle, Arbeiter-Sonjundvereine evtl. direkter Versandt zu Engros-Preisen. Vertreter erhalten Provision. [3]

Dritte, veränderte Auflage: **Scherms Reisehandbuch für wandernde Arbeiter.** (Auch Tourenbuch für Radfahrer!) Ueber 2000 Reise-touren. 1 Eisenbahn- u. 2 Straßenkarten. Gebd. 1,50. Durch alle Buchhandl., Kolp. u. J. Scherm, Nürnberg.